

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Überlebende des Holocaust beim Empfang des „Zugs der Erinnerung“ in Hamburg. Links: Ester Bejarano (Hamburg), hinter ihr Zwi Steinitz (Tel Aviv), vorne rechts Steffi Wittenberg (Hamburg)

- *Was wird aus den öffentlich-rechtlichen Landesbanken? – S. 4*
- *Newroz 2008: Der Machtkampf innerhalb der Türkei spitzt sich zu – S. 7*
- *„Zug der Erinnerung“: Bahn behindert Gedenken – S. 12*
- *Deutliche Tarifsteigerung im öffentlichen Dienst – S. 17*
- *Hamburg: Aktuelle Stunde „Partnerschaft mit China – Solidarität mit Tibet“ – S. 22*

Ausgabe Nr. 4 am 10. April 2008, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
—ERSCHEINT VIERWÖCHENTLICH

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-Mail: gnn-hamburg@free-net.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation : Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail:gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles. Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

— zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Anhörung zur Kinderarmut: jedes fünfte Kind in der EU betroffen

EU-Parlament. Pressedienst, 4.4., hav. Fast jedes fünfte Kind in der EU wächst in Armut auf. Wie der Kinderarmut in den Ländern Europas politisch besser begegnet werden kann, war das Thema einer Anhörung mit Experten im Sozialausschuss am 2. April. Die deutsche Europa-Abgeordnete Gabi Zimmer (Die Linke) bereitet zu dem Thema einen Bericht vor. Eine umfassende Politik zugunsten der Kinder, aber auch mehr Bildung und Einkommensverbesserung für Eltern wurden als mögliche Ansätze genannte, um Kindern bessere Chancen zu bieten. 19 Millionen Kinder leben nach einer im Februar veröffentlichten Studie der EU-Kommission unterhalb der Armutsgrenze. Gabi Zimmer wies darauf hin, dass diese „fast unglaubliche“ Zahl noch nicht einmal die Kinder von Asylbewerbern und Immigranten ohne Aufenthaltsgenehmigung beinhaltet. Laut der Kommissionsstudie haben Kinder in fast allen EU-Staaten ein größeres Armutsriskiko als andere Bevölkerungsgruppen. „Eingewanderte, Asyl suchende, geflüchtete Kinder sowie Kinder Alleinerziehender“ sind besonders stark „von Armut, sozialer Ausgrenzung und verschiedenen Formen der Ausbeutung bedroht“, so der CDU-Abgeordnete Thomas Mann.

„Wenn wir nicht handeln, wird sich die soziale Ausgrenzung und Entfremdung von Millionen von Menschen fortsetzen“, so die EU-Abgeordnete Elizabeth Lynne (Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa, ALDE). Lynne sagte außerdem, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich werfe die Frage auf, „in welchem Europa wir leben wollen“.

Mindestlohn: Acht Anträge

Handelsblatt, 2.4. rül. Bis zum Ablauf der von der Bundesregierung gesetzten Frist, dem 31. März 2008, haben die Tarifparteien von acht Branchen die Aufnahme ihrer Tarifverträge in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz beantragt. Neben den Pflegeberufen, der Müllabfuhr, dem Wachgewerbe und der Zeitarbeit sind das die Branchen textile Dienstleistungen im Objektkundenbereich (das sind industrielle Großwäschereien), die Weiterbildung, Forstwirtschaft und Bergbauspezialarbeiten. Alle acht Branchen zusammen haben fast zwei Millionen Beschäftigte. Bisher sind schon das Bauhauptgewerbe, das Abbruchgewerbe, das Maler- und Lackiererhandwerk, das Dachdecker-, Elektro- und Gebäudereinigerhandwerk sowie die Briefdienstleistungen im Arbeits-

nehmerentsendegesetz aufgenommen. Würden alle Branche wie beantragt von Bundesarbeitsminister Scholz (SPD) ins Gesetz aufgenommen, wären die Tarife von fast 4 Millionen Beschäftigten gegen Unterbietungswettbewerb auf der Lohnseite geschützt. Ob alle Branchen aufgenommen werden, wird nun geprüft. Die Hürden sind hoch. So schreibt das Gesetz vor, dass mindestens 50% der Beschäftigten der betreffenden Branche eine Tarifbindung haben müssen, damit diese allgemeingültig erklärt werden kann. An dieser Hürde war zum Beispiel die Gewerkschaft NGG in praktisch allen Bereichen der Nahrungsmittelverarbeitung gescheitert, ebenso im Hotel- und Gaststättengescheitert. Die Arbeitgeber dieser Branchen wehren sich gegen Tarifverträge mit allen Mitteln.

Die Union lehnt insbesondere eine Allgemeingültigkeitserklärung für den Bereich Zeitarbeit ab, weil dort die mit dem DGB abgeschlossenen Tarife der großen Zeitarbeitsfirmen wie Randstad von Tarifverträgen der gelben, sogenannten „christlichen“ Gewerkschaften unterboten werden, die von Unternehmen wie Manpower, vor allem aber vielen kleinen Zeitarbeitsbuden gezahlt werden. Diese Schmutzkonkurrenz wollen CDU/CSU und die Arbeitgeberverbände weiter am Leben halten.

Fachkräftelücke? Lehrstellenmangel!

Handelsblatt, 3.4. rüL Mehr als 200 000 Jugendliche werden auch in diesem Jahr keinen Ausbildungsplatz erhalten. Das geht aus dem Berufsbildungsbericht 2008 hervor, den die Bundesregierung jetzt vorgelegt hat. Laut „Handelsblatt“ stehen 2008 den rund 832 000 potenziellen Bewerbern um einen Ausbildungsplatz maximal 626 000 Plätze zur Verfügung. Addiere man zu den Schulabgängern noch die sogenannten „Altbewerber“ und Schulabbrecher hinzu, dann könnte die Zahl der Bewerber für Ausbildungsplätze sogar auf die Millionengrenze erreichen. So gesehen besteht die Gefahr, dass 2008 fast 400 000 Jugendliche zwar einen Ausbildungsplatz suchen, aber keinen erhalten.

Zu wenig Rechte für EU-Grundrechteagentur

der standard, 3.4., hav. Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte hat in einigen Bereichen zu wenige Kompetenzen, kritisierte der Menschenrechtsexperte Hannes Tretter vom Ludwig Boltzmann Instituts für Menschenrechte und stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsgremiums der Grundrechteagentur. Die EU-Grund-

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

rechteagentur wurde im Februar 2007 ins Leben gerufen, um Institutionen und Staaten der EU in Grundrechtsfragen mit Daten und Analysen zu versorgen. So soll dafür gesorgt werden, dass in allen Tätigkeiten der Europäischen Union der Aspekt der Menschenrechte berücksichtigt wird. Die Agentur mit rund 50 Mitarbeitern ging aus der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit hervor. Das derzeit wichtigste Projekt ist eine breit angelegte Umfrage, in der Angehörige von Minderheiten und Migranten in allen 27 EU-Ländern zu Diskriminierung und rassistischer Gewalt befragt werden. Ein weiteres Projekt beschäftigt sich mit der Frage, durch welche Faktoren Jugendliche Anhänger von radikaler Gewalt werden können. Bis Jahresende soll weiters eine Studie zur Homophobie in der EU fertig gestellt werden, die vom Europäischen Parlament initiiert wurde.

Höheres Einkommen – mehr Kinder

www.dghve.de, 28.3. alk. Hochschulabsolventinnen und Abiturientinnen bekommen seit einigen Jahren NICHT weniger Kinder als Frauen mit kürzerer oder keiner Ausbildung. Zu diesem Ergebnis kommt Prof. Dr. Rainer Hufnagel vom Institut für Ökonomische Bildung der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster in einer aktuellen Untersuchung, die Ende März in der Zeitschrift „Hauswirtschaft und Wissenschaft“ erschien.

Der Volkswirt, Mathematiker und Haushaltswissenschaftler sagt, es sei ein Vorurteil, dass ein „hohes Humanvermögen“, wie es in der Fachsprache heißt, zu einer niedrigeren Kinderzahl führe. Aus den Mikrozensusdaten (Umfragen des Statistischen Bundesamts zu allen möglichen Lebensumständen) entnimmt er: Seit Mitte der 90er Jahre gilt, je gebildeter die Frau, desto mehr Kinder bringt sie auf die Welt. Zudem gilt seit Beginn der 90er Jahre, dass die Anzahl der geborenen Kinder umso höher ist, je besser der Ehemann ausgebildet ist. Die Studie sagt, ein Ausbau subventionierter Betreuungsplätze würde zwar zu höheren Geburtenraten führen, jedoch die Gruppe der gut Ausgebildeten in zweifacher Hinsicht begünstigen: Erstens profitieren die Besserverdienenden von Subventionen mehr; denn es ist umso lohnender, sein Kind betreuen zu lassen, je höher die Differenz zwischen dem eigenen Lohnsatz und den Betreuungskosten pro Kind ist. Zweitens wird diese Gruppe mehr profitieren, da sie mehr Kinder hat. Dennoch rät Hufnagel, diesen Ausbau fortzusetzen, da er nebenbei ein Konjunkturprogramm sei und sich durch höhere Einnahmen bei Steuern und weniger Sozialausgaben selbst finanziere.

„Eine Erklärung dahingehend, wie die Amerikaner reagieren werden – falls ein Problem entsteht in diesem Teil Europas“

Anlässlich des Treffens zwischen dem US-Präsidenten G. Bush und dem polnischen Premierminister D. Tusk in Washington wurde in Warschau am 10.3.2008 folgende amtliche Stellungnahme veröffentlicht: „Nach seinem Treffen mit Präsident Bush gab... [Premierminister] Tusk bekannt, dass die polnische Seite ihren Standpunkt hinsichtlich des Aufbaus des Anti-Raketen-Schildes dargelegt hat. Er wies darauf hin, dass eine mögliche Einrichtung zu diesem Zweck in Polen dazu dienen müsse, die Sicherheit unseres Landes zu verstärken. Der Premierminister stellte fest, dass die amerikanische Seite gegenüber dem polnischen Standpunkt Verständnis zeigte, dass sie ihn akzeptierte und dass sie entsprechende Schritte zusicherte.“ (Rzeczpospolita Polska. Kanceleria Prezesa Rady Ministrów, 10.3.2008 – www.premier.gov.pl – English version/eigene Übersetzung).

In diesem Zusammenhang können (mittlerweile) drei Fakten benannt werden: Erstens. Innerhalb der polnischen Gesellschaft gibt es beträchtlichen Widerstand gegen solch eine Einrichtung auf polnischen Territorium, weil hierin die Einspannung Polens für nichtpolnische Interessen gesehen wird. Zweitens. Die polnische Regierung teilt die offizielle US-amerikanische Begründung für die Einrichtung des Anti-Raketen-Schildes, dass er der Abwehr möglicher iranischer Raketenangriffe diene, nicht. Sie hat mehrfach ausdrücklich erklärt, dass sie sich durch den Iran nicht bedroht sieht (The Guardian, 11. Jan. 2008; Washington Post, 2. Febr. 2008, S. A16). Drittens. Die polnische Regierung bilanziert ihr Engagement an der Seite der USA im Irak inzwischen dahingehend, dass hier Leistungen ohne Gegenleistungen erbracht wurden: D.h. dass polnische Erwartungen bzw. Interessen vollständig unberücksichtigt blieben und dass insofern keine Rede sein kann von einem (ebenbürtigen) Geben und Nehmen. Insofern strebte bereits die vorherige polnische Regierung ein bilaterales Abkommen mit den USA an, das diese zur Stärkung der Sicherheit Polens verpflichten sollte. Es sollte im übrigen eine „Erklärung dahingehend [enthalten], wie die Amerikaner reagieren werden – falls ein Problem entsteht in diesem Teil Europas.“ (Reuters: Poland expects U.S. missile shield deal by October – 27. Juni 2007; eigene Übers.)

In Weiterverfolgung dieses Bestrebens hat die neue polnische Regierung daher – nach vorgängiger Absprache und Vereinheitlichung mit der tschechischen Regierung (die auf ihrem Territorium die Einrichtung der zuge-

hörigen Radarstation gestatten wird) – Bedingungen formuliert für ihre Zustimmung zur Einrichtung einer US-amerikanischen Basis auf ihrem Territorium. Dies betrifft vor allem die vollständige Modernisierung ihrer Luftstreitkräfte sowie die Zurverfügungstellung modernster Flugabwehrsysteme. Gegenüber welchen Bedrohungen der Sicherheit Polens sind diese Schritte gedacht und woraus erklärt sich die Abstützung der Gegenmaßnahmen ausgerechnet auf einen Verbündeten, dem man mittlerweile mit Skepsis begegnet und dessen Argumentation man nicht teilt? Eine Antwort darauf findet sich u. a. im Interview der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ vom 6.12.2007 mit dem Berater der neuen polnischen Regierung, W. Bartoszewski (Die Zeit, Nr. 50/2007).

Zum einen sieht sich Polen nach wie vor mit der bloß vorläufigen Hinnahme des Status quo der Potsdamer Nachkriegsordnung durch Deutschland konfrontiert. Das betrifft die regierungsoffizielle Einbeziehung und Finanzierung von Kräften, die die Anerkennung der polnischen Westgrenze ausdrücklich ablehnen. Zum andern ist Polen mit der strategischen Kooperation Russlands mit Deutschland – genauer: mit der daraus resultierenden Stärkung Deutschlands gegenüber Polen – konfrontiert. Das betrifft den Bau der Gas-Pipeline (unter Umgehung Polens) durch die Ostsee. Hier will man gleichwohl diese Modernisierungsmaßnahmen ausdrücklich nicht gegen Russland gerichtet wissen! (The New York Times – 11. Jan. 2008). Entschlüsselt man somit vor diesem Hintergrund das Standortangebot Polens für die Einrichtung der US-Raketenrampen im eigenen Land mit dem 1990 vereinbarten „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ mit den beiden Deutschlands (DDR und BRD), der endgültig die Oder-Neiße-Grenze zwischen Deutschland und Polen festlegte, dann wird daraus das polnische Kalkül einer langfristigen Garantiemacht-Verankerung ersichtlich. Der Standort liegt nicht irgendwo in Polen, sondern (nach bisherigen Verlautbarungen) ca. 110 km östlich von der Oderstadt Szczecin/Stettin bzw. südöstlich von Koszalin/Köslin im ehemals reichsdeutschen Pommern: auf einem stillgelegten Militärflughafengelände bei Debrzno/Preußisch Friedenau.

huh

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 8. Mai.
Redaktionsschlusstermin: 2. Mai.
Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de. Tel: 0711/3040595, freitags von 7 bis 12 Uhr.

Was wird aus den öffentlich-rechtlichen Landesbanken?

Die Krise im internationalen Finanzsystem hat auch die öffentlich-rechtlichen Landesbanken voll erwischt. Fast zeitgleich mit den Katastrophenmeldungen der Schweizer Großbank UBS und der Deutschen Bank kamen auch von der Westdeutschen Landesbank und der Bayerischen Landesbank neue Hiobsbotschaften.

Pleiten, Pech und Pannen ...

Die Bayerische Landesbank teilte am 3. April mit, ihre Verluste durch Wertminderung von Wertpapieren seien bis Ende März auf ca. 4,3 Milliarden Euro gestiegen. Die Bank hat nach eigenen Angaben in ihren Depots risikobeladene sogenannte „forderungsbesicherte Wertpapiere“ in Höhe von 24 Milliarden Euro. „Nur“ 100 Millionen Euro



Die Landesbanken in der BRD: Die SachsenLB ist – wenn auch noch unter Vorbehalt der Zustimmung der EU-Kommission – inzwischen Teil der LBBW.

Zinszahlungen der Schuldner solcher Papiere sind bisher nicht bei der Bank eingegangen. Trotzdem muss die BayernLB jetzt die schon genannten 4,3 Milliarden Euro abschreiben, weil viele ihrer Wertpapiere derzeit einfach unverkäuflich sind. Das zeigt: es sind weniger tatsächliche Zahlungsausfälle, die der Krise an den Geldmärkten zugrunde liegen, als vielmehr die allgemeine Panik, Wertpapiere, die irgendwie mit US-Hypothekengeschäften zu tun haben könnten, seien am Ende vielleicht wertlos. Manche Wertpapiere, die irgendeinen Bezug zu Immobilien in den USA haben, werden in der Geldbranche inzwischen wie Giftpüppchen bezeichnet.

gehandelt: Niemand will sie haben. Solche Mechanismen zwingen viele Banken jetzt zur Abschreibung solcher Wertpapiere. Ob die Befürchtungen am Ende stimmen und die zugrunde liegenden Kredite wirklich nicht mehr bedient und die Zinsen nicht mehr gezahlt werden, wird sich dabei vermutlich erst in Monaten, wenn nicht Jahren herausstellen.

Kurz vorher hatte die Westdeutsche Landesbank ebenfalls neue Milliardenabschreibungen und daraus resultierende Verluste mitgeteilt. Die BayernLB überlegt jetzt, ähnlich wie die WestLB ihre zur Zeit fast wertlosen Papiere zum Nennwert, nicht zum Marktwert, an eine neu gegründete Zweckgesellschaft abzugeben, die als Versicherung gegen mögliche Verluste mit hohen Garantien ausgestattet werden soll. 1,2 Milliarden Euro Garantien will die BayernLB für ihre noch nicht geschaffene Zweckgesellschaft übernehmen. Für die übrigen 4,8 Milliarden sollen das Land Bayern und die bayerischen Sparkassen als Gesellschafter gerade stehen. Der Vorstandschef der Bank ist bereits zurückgetreten. Weitere Personalien dürften folgen.

Ähnlich in NRW. Dort hat die Landesregierung einen „Risikoschirm“ von ca. 5 Milliarden Euro für ihre Landesbank beschlossen. Sollten die bei der WestLB auf insgesamt 23 Milliarden Euro bezifferten Wertpapiere tatsächlich weiter im Preis sinken oder unverkäuflich werden, springen das Land und die anderen Gesellschafter der WestLB für Verluste der geplanten Zweckgesellschaft mit bis zu 5 Milliarden Euro ein. Eigentümer der WestLB sind zu 50% die zwei Sparkassenverbände Rheinland und Westfalen-Lippe, zu 38% das Land NRW und zu 12% die beiden Landschaftsverbände in NRW. Ob dieser Risikoschirm je in Kraft tritt, ist noch offen. Die Sparkassenverbände und Landschaftsverbände wehren sich, und ob die EU-Kommission zustimmt, ist auch unsicher.

Schon vorher hatte die Krise der Industriekreditbank (IKB) die Bundesregierung und die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) als deren Eigner beschäftigt. Auch die IKB hatte große Summen inzwischen wertlos gewordener Wertpapiere erworben und bei einer Zweckgesellschaft im Ausland deponiert. Bund und KfW

haben bisher drei „Rettungspakete“ von zusammen 8,5 Milliarden Euro geschnürt, um die Bank vor dem Zusammenbruch zu retten.

Die inzwischen in „Sachsen-Bank“ umbenannte frühere sächsische Landesbank hatte trotz geringer Eigenkapitalbasis mit ihren beiden im Ausland errichteten Zweckgesellschaften Ormond Quay und Georges Quay ebenfalls enorme Wertpapiermengen gekauft. Bereits im Sommer 2007 hatte die Sparkassen-Organisation der SachsenLB deshalb eine „Liquiditätslinie“, eine Art Überziehungskredit, von 17 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Das reichte nicht, um das Überleben der Bank zu sichern. Deshalb übernahm die baden-württembergische Landesbank LBBW die SachsenLB.

In schwerer See ist auch die NordLB, die Bank des Landes Niedersachsen, allerdings aus anderen Gründen. Die Bank wurde anscheinend von dem berüchtigten Jungunternehmer Lars Windhorst, einem Freund von Helmut Kohl, und dessen südafrikanischem Kumpel Robert Hersov und dessen Investmentgesellschaft Vatas hereingelegt und sitzt nun auf ehemals millionenteuren, aber inzwischen fast wertlosen Aktienpaketen, unter anderem eines US-Herstellers von Fußfesseln, der offenbar mehr Verluste als Fußfesseln produziert.

Interessierte Vorwürfe, ideologische Häme ...

Von interessierter Seite wird aus diesen, für die Eigentümer der Landesbanken teuren Vorgängen wieder mal eine Fundamentalkrise aller öffentlichen Banken konstruiert. Das „Manager Magazin“ beispielsweise nahm die Krisen bei IKB, SachsenLB, BayernLB und WestLB zum Anlass, um erneut die Geschäftsunfähigkeit öffentlicher Banken zu behaupten. „Das Debakel öffentlicher Banken“ lautet die Schlagzeile des Blatts im April.

Dabei sind die Sparkassen und damit der mit Abstand größte Teil der öffentlichen Banken in diesem Land trotz anhaltender Schreckensmeldungen aus anderen Bereichen des Geldgewerbes weiterhin gesund, erwirtschaften Gewinne und operieren, als könne keine Finanzkrise der Welt ihre Geschäfte je trüben. Ähnlich die Genossenschaftsbanken: „Volksbanken: Wir sind auf der sicheren Seite“, überschrieb die „Berliner Zeitung“ am 19. März einen Bericht von einer Pressekonferenz des Bundesverbands der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken. Der Präsident Christopher Pleister wird darin zitiert mit der Mitteilung, die Bilanzsumme der Genossenschaftsbanken sei 2007 um 4 Prozent auf 632 Milliarden Euro gestiegen. Nur 1,3 Milliarden Euro davon seien „kritischer Bestand“, davon nur 400 Millionen Finanzderivate und

davon „nur ein kleiner Teil Subprime-Immobilienfinanzierungen“. Die Genossenschaftsbanken seien auf dem Feld „Handel mit US-Immobilienpapieren“ schlicht nicht tätig gewesen. Deshalb hätten sie jetzt auch (fast) keine Verluste. Dementsprechend lehnt der Genossenschaftsverband auch alle Rufe nach Staatshilfe für die Geldbranche strikt ab. Das gehe nur „zu Lasten des Steuerzahlers“.

Eine Gefahr der Kreditklemme für Privatsparer, Häuslebauer und kleine und mittlere Unternehmen sieht der Verband auch nicht ebenso wenig wie die Sparkassen.

... und tatsächliche Probleme der Landesbanken

Warum es die öffentlich-rechtlichen Landesbanken besonders erwischt hat, dürfte nicht mit der Eigentümerstruktur des Landesbanken zusammenhängen, sondern eher mit Strukturproblemen. In Wirklichkeit ist seit mehreren Jahren nicht mehr recht klar, was die Landesbanken eigentlich machen sollen. Ihr Geschäftsfeld ist weggebrochen.

Die Gründe dafür liegen in Konflikten der Vergangenheit. Weil die privaten Banken wie Deutsche Bank, Dresdner, Commerzbank & Co. die öffentlich-rechtlichen Banken und Sparkassen als Konkurrenz aus dem Markt werfen wollte, hatten diese vor Jahren ein Verfahren vor der EU-Kommission wegen „unlauterem Wettbewerb“ eingeleitet. Begründung: Weil Landesbanken und Sparkassen durch die sogenannte „Gewährsträgerhaftung“ ihrer Eigentümer, der Kommunen und der Länder, gegen Insolvenz komplett geschützt seien, könnten sie sich auch die Mittel für ihre Kreditvergabe zinsgünstiger als private Banken auf den Geldmärkten besorgen – und entsprechend zinsgünstiger an ihre Kreditnehmer weiterleihen. Das aber sei eine durch Steuerzahler finanzierte unerlaubte Subvention.

Die Landesbanken und Sparkassen widersprachen zwar, unter anderem mit Verweis auf ihre öffentlichen Aufgaben, die sie in der Tat auch hatten und die die Sparkassen auch heute noch wahrnehmen. Die EU-Kommission machte sich dennoch die Argumentation der Privatbanken zu eigen und handelte nach langem Streit der rot-grünen Bundesregierung eine Vereinbarung ab, die in einem Schriftwechsel von Außenminister Joschka Fischer mit der EU-Kommission „ratifiziert“ wurde. Danach verzichteten Bund und Länder auf die umstrittene Gewährsträgerhaftung für die Landesbanken und Sparkassen und sagten zugleich zu, alle öffentlichen Aufgaben der Landesbanken, insbesondere die Vergabe von Fördermitteln, aus diesen Landesbanken auszugliedern.

Vor einer Re-Regulierung der Geldmärkte?

Immer deutlicher wird, dass die jetzige Krise ausgelöst wurde durch eine in dieser Form bisher beispiellose Wechselreiterei auf unsicherer Realgrundlage. Im Unterschied zum Wechselgeschäft haben die US-Banken aber ihre riskanten „Subprime-Kredite“ nicht nur weitergereicht an andere Banken, sondern zusätzlich mit immer neuen „Verbriefungen“ der immer gleichen Hypothekenkredite enorme Mengen zusätzlicher Wertpapiere fabriziert und verliehen, so dass im vergangenen Sommer ein Vielfaches der real zugrunde liegenden Hypothekenkredite in den USA weltweit als angeblich „durch Realvermögen gesicherte Wertpapiere“ umlief. Gleichzeitig wurden fast alle Sicherheitsregeln umgangen. Angefangen von der Eigenkapitalquote, bei der sich US-Banken schon lange nicht an internationale Regeln hielten, bis hin zur Gründung externer Gesellschaften, die das Geschäft mit den „Subprimes“ separat abwickelten, so dass viele riskante Kredite in den Bilanzen der jeweiligen Hauptbank gar nicht mehr auftauchen – so ziemlich jedes Mittel, das man von Risiko-Akteuren auf den Geldmärkten kennt, wurde auch von regulären Banken genutzt, um ein „großes Rad“ am Geldmarkt zu drehen. Ein Fonds der US-Finanzgesellschaft Carlyle Capital beispielsweise hatte mit 670 Millionen Dollar Eigenkapital Hypothekenanleihen von 22 Milliarden Dollar aufgelegt und verliehen. Das macht für jeden Dollar Eigenkapital 31 Dollar verliehenes Geld. Das von allen großen Zentralbanken unterschriebene Finanzabkommen „Basel II“ schreibt dagegen eine Eigenkapitalquote von 8 Prozent der Kreditsumme vor.

Diese wundersame Geldvermehrung ging so lange gut, wie alle Welt an die Sicherheit der gehandelten Papiere glaubte. Seitdem aber die diesen Papieren zugrunde liegenden Realgeschäfte, die US-Hypothekenkredite, von immer mehr Hauskäufern nicht erfüllt werden, bricht die gesamte darauf aufgebaute weltweite Finanzkette Zug um Zug zusammen.

Kein Wunder, dass überall über eine Re-Regulierung der Geldmärkte beraten wird. In erster Linie wird gefordert, dass „Basel II“, das internationale Abkommen der Notenbanken über Sicherheitsregeln im Bankgeschäft, endlich auch in den USA gelten muss sowie auf den zahlreichen „Offshore-Bankplätzen“. Die US-Regierung hat die Übernahme der Basel-II-Regeln in US-Bankenrecht bisher ständig

verzögert. Zuletzt hieß es, ab 1.1.2009 solle Basel II in US-Recht übernommen werden. Der republikanische Präsidentschaftskandidat McCain lehnt aber auch jetzt noch jede neue Regulierung des Geldgewerbes ab.

Der amtierende US-Finanzminister Paulson hat dennoch kürzlich Grundzüge eines Finanzmarkt-Kontrollprogramms vorgelegt, nach Presseberichten die größte Umwälzung im Bankenrecht der USA seit der „großen Depression“ des letzten Jahrhunderts. Die US-Notenbank soll danach künftig dem gesamten Finanzsektor Vorschriften für die Offenlegung, Bilanzierung und Sicherung ihrer Geschäfte durch feste Eigenkapitalquoten und durch die Begrenzung bestimmter Geldanlagen machen können. Gleichzeitig soll sie künftig regelmäßig Informationen von allen Geldmarktakteuren abrufen können, wenn sie eine Gefahr für die Finanzmärkte befürchtet.

Andere umlaufende Vorschläge sind das Verbot jeder „Verbriefung“ von Hypothekenkrediten, d.h. ihres Weiterverkaufs an andere Banken, oder zumindest die Begrenzung solcher Verbriefungen, vergleichbar den hierzulande durch strenge Vorschriften gesicherten Pfandbriefen. Die EU-Finanzminister denken über eine EU-Bankenufsicht nach. Die Schweizer Regierung überlegt, ob künftig für Schweizer Banken nicht eine Eigenkapitalquote von 10% der Kreditsumme vorgeschrieben werden sollte, statt 8% wie in Basel II. Andere Stimmen fordern das Verbot außerbilanzieller Zweckgesellschaften von Banken, wie sie angelsächsische Banken, aber auch die hiesigen Privat- und Landesbanken vielfach in sogenannten „Steueroasen“ errichtet haben. Gefordert wird auch die Einführung eines internationalen Kreditregisters, bei dem alle Banken und Fonds ihre Kredite ab einer bestimmten Größe melden sollen. Offen ist dabei aber, wer eine solche Meldepflicht praktisch durchsetzt und kontrolliert.

Am 9. April wollen 370 global tätige Großbanken, die im Internationalen Finanzinstitut IIF zusammengeschlossen sind, ihre Vorschläge zu Lehren aus der Krise der Öffentlichkeit vorlegen. Am 11. April beraten die Finanzminister der G-7-Staaten in Washington, dann folgt die Jahrestagung von IWF und Weltbank, auf der das Thema Regulierung der Geldmärkte auch ganz oben steht. So oder so zeichnet sich ab: Die Zeit der großen Freiheiten auf den Geldmärkten – Freiheit von staatlicher Kontrolle, von Besteuerung und Regulierung – geht vermutlich zu Ende.

Mitte 2005 trat diese Vereinbarung in Kraft. Spätestens seitdem sind in allen Bundesländern neue, von der breiten Öffentlichkeit fast unbemerkte „Landesförderbanken“ entstanden oder aus den alten Landesbanken ausgegliedert worden. In NRW ist das zum Beispiel die „NRW-Bank“, in Berlin die „Investitionsbank Berlin“. Diese Förderbanken setzen fort, was den Landesbanken seit dem Fischer-EU-Briefwechsel untersagt ist, zum Beispiel die Vergabe von subventionierten Krediten an bestimmte, als förderwürdig eingestufte Branchen, Regionen oder Unternehmen. Alle sogenannten „GA-Mittel“, das sind Programme des Bundes und der Länder aus der „Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsförderung“, mit denen Investitionen in wirtschaftlich schwachen Regionen subventioniert werden, viele Kreditprogramme für Energiesparmaßnahmen im Wohnungsbereich, Starthilfen für Unternehmensgründer, „Meister-Prämien“ für die Neugründung von Handwerksunternehmen usw. werden seitdem nicht mehr über die Landesbanken, sondern über die „Landesförderbanken“ ausgereicht.

Ein großes Geschäftsfeld der alten Landesbanken ist damit weggebrochen, während die neugeschaffenen Landesförderbanken ihren Eigentümern kräftige Gewinne abwerfen.

Gleichzeitig haben sich die Sparkassen aus der engen Abhängigkeit von ihren „Landesbank-Müttern“ vielfach gelöst. Viele sind entweder durch eigenes Wachstum oder durch Fusionen so groß geworden, dass sie ihre Landesbank als „Mutter“, Sicherung und Kreditgeber im Hintergrund selbst bei großen Krediten nicht mehr oder zumindest seltener als in der Vergangenheit benötigen.

Was bleibt da für die Landesbanken übrig als Geschäftsfeld? Große und ertragreiche Geschäfte wie die Finanzierung des Außenhandels, Devisengeschäfte, Kredite für große DAX-Konzerne sind seit langem Domäne der Privatbanken. In solche Geschäftsfelder einzubrechen ist nur mit Kampfpreisen möglich, und dafür fehlt es den Landesbanken an Kapital. Die öffentliche Schuld steigt inzwischen auch langsamer und wirft damit nicht mehr so viel Zinsen ab wie in der Vergangenheit. Und für globales „Investmentbanking“, also Kredite für große Unternehmensfusionen oder -investitionen oder für die Organisierung großer internationaler Kredite sind sie oft zu klein.

So sieht das auch das „Handelsblatt“. In einem Kommentar schreibt das Blatt am 3. April: „Nicht nur in Bayern, auch im Ländle und hoch im Norden ticken in den Bilanzen der Landesbanken die Zeitbomben. Weil sie nach dem Wegfall der Staatsgarantien Mitte 2005 mit

wackligen Geschäftsmodellen in den freien Wettbewerb entlassen wurden, kommen die Institute jetzt in einer ersten wirklichen Bewährungsprobe unter die Räder. Mangelndes echtes Kundengeschäft überdeckten die Topmanager mit waghalsigen Operationen am globalen Kapitalmarkt. Deshalb sind sie nun stärker als viele private Banken in den Schlamassel der Wertberichtigungen verstrickt.“

Dabei hat die eine oder andere Landesbank durchaus profitable Geschäftsfelder gefunden. Die HSH beispielsweise, entstanden aus dem Zusammenschluss der Landesbanken von Schleswig-Holstein und Hamburg, hat sich auf das Schiffsfinanzierungsgeschäft spezialisiert und ist dort weltweit führend. Die Hessische Landesbank hat in den letzten Jahren vorsichtig operiert, Glück gehabt und vermeidet auch jetzt jede Teilnahme an allen Fusionsdebatten. Sie hat auch in der US-Subprimekrise kaum Verluste gemacht. Andere Landesbanken haben versucht, sich in Geschäftsfelder der Sparkassen auszudehnen, einzelne Sparkassen erworben und so Zugang zu privaten Sparanlagen und Geschäftskonten kleiner und mittlerer Unternehmen gewonnen. Diese Strategie der Landesbanken stößt aber vielfach auf Gegenwehr der Sparkassen. Die Berliner Landesbank hat sich seit ihrer großen Krise 2001 aus risikanten Immobiliengeschäften weitgehend zurückgezogen und sich stattdessen auf das ertragreiche Geschäft mit Privatkunden konzentriert. Sie ist heute größter Kreditkartenausgeber Deutschlands. Andere Landesbanken, und mit ihnen ihre Eigner, sprich die Landesregierungen, hoffen noch immer auf Fusionen, um am Ende mit den großen Privatbanken wie Deutsche und Dresdner Bank auf dem Weltfinanzmärkten konkurrieren zu können, während die BayernLB in alter deutscher Großmachtmanner eine regionale Expansion nach Österreich, auf den Balkan und in Richtung Mittelmeer versucht.

Ob solche Großmannssucht den Landesbanken und ihren öffentlichen Eigern am Ende gut tut, ob sie überhaupt gelingt oder ob sie nicht an mangelndem Eigenkapital und der Gegenwehr der Privatbanken auf der einen Seite, der Sparkassen und Genossenschaftsbanken auf der anderen Seite scheitert, bleibt abzuwarten. Fest steht: Die Landesbanken suchen ein Geschäftsfeld. Wenn sie kein neues finden, bleibt ihnen nur ein langsames Wachstum, verbunden mit der Gefahr, durch private Banken übernommen oder aus dem Feld gedrängt zu werden. Der Verband der Sparkassen drängt stark in Richtung Fusion. Er will am Ende zwei, maximal drei große „Landesbanken“. Dagegen sträuben sich die Landesregierungen, gleichgültig, welcher Partei sie ange-

hören, die am liebsten „ihre“ Bank behalten und weiter steuern wollen.

Neues Thema für die Linkspartei

Für die Linkspartei entsteht so ein neues Thema. Bisher hatte die Linke zwar Landtagsfraktionen im Osten, aber keine Kontrolle über irgendeine Landesbank. Bis auf Sachsen und Berlin gab es nach der Wende nämlich gar keine ostdeutsche Landesbank. Ihre Eigner saßen und sitzen im Westen: für Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt in Niedersachsen bei der NordLB, für Thüringen in Hessen bei der Helaba. Mit dem Einzug in westdeutsche Landtage stellt sich die Frage: „Was tun mit den Landesbanken“ erstmals praktisch für die Linke. Sollen die Landesbanken an private Investoren und Banken verkauft werden, oder sollen sie als öffentlich-rechtliche „Mütter“ der Sparkassen fusionieren, fortbestehen, weiter arbeiten? Wenn ja, in welcher Form und Größe, mit welchen Geschäftsfeldern? Wie sollen sie künftig kontrolliert und gelenkt werden?

Auch das bürgerliche Lager ist unschlüssig. Das „Handelsblatt“ etwa unterstützt in dem schon zitierten Kommentar vom 3. April die Rettungsversuche der bayerischen und der NRW-Regierung für „ihre“ Landesbanken, fordert aber: „Allerdings sollte das dann auch wirklich das letzte Mal sein, dass der Staat den Landesbanken aus der Patsche hilft ... Privates Kapital, Fusionen oder auch das Verschmelzen von Sparkassen mit ihren Zentralinstituten – alle Optionen sind besser als das bisherige Herumdoktern.“

Möglicherweise sind Fusionen oder irgendeine Art engerer Verbund der Landesbanken mit den in der jeweiligen Region tätigen Sparkassen, verbunden mit dem Rückzug der Landesregierungen aus dem Eigenerkreis, am Ende der beste Weg. Die Landesbanken gewinnen dadurch den offenbar dringend gesuchten Zugang zu privaten Spar- und Girokonten und zum Geschäft mit kleinen und mittleren Unternehmen, mit den Kommunen, dem privaten und kommunalen Wohnungsbau. Auch da stellt sich irgendwann aber die Frage: Wer kontrolliert diese Banken künftig wie?

Sollte sich der Weg am Ende als (relativ) bester herausstellen, hätte das ganze noch einen heiteren parteipolitischen Nebeneffekt. Damit wäre nämlich die Berliner Lösung, der Verkauf der Berliner Landesbank an die Gesamtorganisation der Sparkassen, obwohl innerparteilich lange als „neoliberaler“ Sündenfall gegeißelt, am Ende die beste Lösung nicht nur für Berlin, sondern auch ein Vorbild für andere Bundesländer.

rül, alk

Quellen: Handelsblatt, 3.3.–4.4.08; Berliner Zeitung, 19.3.; 4.4.08; Spiegel Online, 3.4.08

Der Machtkampf innerhalb der Türkei spitzt sich zu

Newroz 2008

Wir hatten in der letzten Ausgabe der PB die Frage gestellt, ob die Türkei die kurdischen Newrozfeiern in Ruhe ablaufen lassen wird oder die den Konflikt mit der kurdischen Bewegung weiter eskaliert. Leider traf das letztere zu. Die Bilanz der Newrozfeiern in der Türkei (20. bis 26. März): Drei Tote, Hunderte Verletzte, knapp 2 000 Festnahmen und über 400 Verhaftungen. (Özgür Politika, 2.4.)

Auch in diesem Jahr fanden sich Hundertausende Menschen in den kurdischen Städten und Dörfern und in den Städten des Westens der Türkei zusammen, um Newroz zu feiern. Die kurdische DTP hatte Kundgebungen organisiert, vielerorts versammelten sich auch Menschenmengen zu spontanen Demonstrationen. Die größte Veranstaltung war wieder in Diyarbakir, wo mehr als eine halbe Millionen Menschen an der Kundgebung teilnahmen. Diese Veranstaltung wurde erstmals in Roy TV live übertragen.

In Cizre hatten die Behörden den Kundgebungsort auf einen Platz zwischen Militärkaserne und Polizeihauptquartier gelegt. In Van, Hakkari und Yüksekova waren die Veranstal-

tungen verboten. Hier griff die Polizei dann auch mit gezielten Schüssen auf die Menschenmengen an und tötete drei Menschen. Viele weitere liegen mit Schussverletzungen in Krankenhäusern. Auch in Mardin, Nusaybin Cizre und Siirt schossen Sicherheitskräfte auf die Demonstranten. In Silopi, Cizre und Nusaybin wurden Menschen verletzt, als die Polizei mit Panzerwagen in die Menge fuhr. In Diyarbakir flogen Kampfflugzeuge im Tiefflug über die Kundgebung. An anderen Orten donnerten Kampfhubschrauber über die Veranstaltungen. In Cizre, wo 1992 an Newroz 82 Menschen durch einen Angriff der türkischen Sicherheitskräfte starben, feuerte ein Kampfhubschrauber zwei Raketen über die Menschenmenge ab, die dann am Tigrisufer einschlügen.

Im Vorfeld der Newrozveranstaltungen hatte es zwischen dem türkischen Innenminister Atalay und den DTP-Abgeordneten Ahmet Türk und Selahattin Demirtas Gespräche gegeben. Atalay hatte zugesichert, alles zu tun, um Konflikte zu verhindern. Demirtas erklärte dazu: „Der Minister hat gestern sein Bedauern über das Geschehen in Van ausgedrückt, aber heute machen sie das gleich in Yüksekova. Es liegt nicht nur ein Einsatz extremer Gewalt vor, sondern ein feindliches Verhalten. ... Die Polizei erhält ihre Befugnisse über das Gesetz. Ihre Befugnisse sind in den Gesetzen klar festgelegt, in be-



stimmten Situationen können diese Befugnisse überschritten werden. Aber was hier stattgefunden hat, ist noch etwas anderes. Es ist direkt auf Menschen gezielt und geschossen worden. Das Ziel war ganz eindeutig, Menschen zu töten. ... Die jüngsten Eingriffe der Sicherheitskräfte sind deutlich zentral gesteuert.“ (ANF, 23.03.)

Kurdish Info hat einen Kurzfilm über das gewaltsame Vorgehen der türkischen Sicherheitskräfte in Youtube gestellt. Zu sehen sind die gezielten Angriffe, aber auch die Misshandlung von Festgenommenen, einem Jungen wird von einem Zivilpolizisten der

Besuch des Karlsruher Vereins Flüchtlingskinder Diyarbakir e.V. in Diyarbakir: Vom 19.-24. März 2008 besuchten sechs Mitglieder des Vereins Flüchtlingskinder Diyarbakir e.V. die kurdische Metropole im Südosten der Türkei.

In den Slums von Diyarbakir leben etwa 350 000 Flüchtlinge, die keinerlei staatliche Unterstützung erhalten und keine Perspektive auf Verbesserung ihrer Situation haben. Die Flüchtlinge stammen aus den in den 1990er Jahren vom türkischen Militär zerstörten 3 000 Dörfern. Seit 2004 ermöglicht der Verein 30 Jungen und Mädchen aus Flüchtlingsfamilien den Schulbesuch durch Schulstartpakete, Schulmaterialien und Kleidung sowie Lebensmittelpakete an die Familien. Darüber hinaus werden regelmäßig soziale Aktivitäten wie Kinobesuch oder Ausflüge mit den Kindern durchgeführt. Das Projekt hat sich gut entwickelt. Die Mehrheit der Schüler/innen ist jetzt 11–12 Jahre alt. Vielen Kindern merkt man an, dass sie an Selbstvertrauen gewonnen haben und dass sie die Chance nutzen wollen. Vor Ort wird das Projekt von zwei Lehrern von der Bildungsgewerkschaft Egitim-Sen ehrenamtlich betreut.

Diyarbakir ist wie der große Teil der von Kurden bewohnten Gebiete von zwei Jahrzehnten Krieg und Ausnahmezustand geprägt. Die türkische Regierung tat nichts zur wirtschaftlichen Förderung, um den Vertreibungsdruck zu erhöhen. Das Gebiet könnte durch

Landwirtschaft, Bodenschätze und seine Lage im Mittleren Osten für Investoren von Interesse sein. 20 Jahre lang erfolgten aber kaum öffentliche oder private Investitionen. Als Folge dieser Entwicklung sind etwa 70 % der Bevölkerung arbeitslos bzw. leben von Gelegenheitsarbeiten wie Lastenträger, Schuhe putzen, Wasser oder Tee verkaufen, Putzen, Tagelöhner auf dem Bau oder auf dem Land. Die besser Ausgebildeten wandern in den Westen der Türkei oder ins Ausland ab.

In Diyarbakir sind in den letzten Jahren unter der DTP-Kommunalverwaltung zahlreiche Organisationen und Projekte entstanden, die sich um die Integration der armen Familien bemühen. In verschiedenen Stadtteilen wurden Nachhilfzentren eingerichtet. Im Stadtteil Baglar gibt es eine zentrale Einrichtung, die von über tausend Schülern besucht wird. Die Nachhilfe findet vorwiegend am Wochenende statt. Daneben gibt es Freizeitangebote, Kurdischunterricht, unter der Woche Angebote für Frauen (Handarbeiten, Alphabetisierungskurse) mit Kinderbetreuung usw. Der Nachhilfeunterricht wird von Lehrern ehrenamtlich am Wochenende durchgeführt.

Das türkische Erziehungsministerium (MEB) unterstützt diese Einrichtungen nicht. Der Verein Sarmasik, Verein zum Kampf gegen die Armut und für nachhaltige Entwicklung, hat eine Untersuchung über die soziökonomische Lage in einigen Stadtteilen durchgeführt. Als Ergebnis der Untersuchung wurde die „Gida Bankası“ im Mai 2007 eröffnet. Dort erhalten 600 Familien, die auf Grund von Krankheit oder Alter, nicht mehr in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, Lebensmittelhilfen. Daneben hat Sarmasik ein Projekt gestartet, das im Moment 26 Kindern aus bedürftigen Familien den Schulbesuch ermöglicht. Grundschüler erhalten 40 YTL, Gymnasiasten erhalten 50 YTL pro Monat sowie Nachhilfe. Die Finanzierung erfolgt durch Patenschaften von kurdischen Migranten in Österreich und Dänemark.

Nach einer Untersuchung von Sarmasik ist in über 70 % der befragten Haushalte mindestens eine Person Analphabet, in fast 20 % der Haushalte geht mindestens ein schulpflichtiges Kind nicht zur Schule, 30 000 Kinder arbeiten in Diyarbakir auf der Straße. Informationen sind zu finden unter: www.fluechtlingskinder-diyarbakir.de

► Arm gebrochen. (<http://www.youtube.com/user/hateranpatera>)

Neuerliches Friedensangebot der PKK abgelehnt

Der türkische Staat macht deutlich, dass er an keiner friedlichen Lösung des Kurdenkonflikts interessiert ist und somit auch das erneute Angebot der PKK für einen Waffenstillstand und Dialog ausschlägt.

Dietürkischen Zeitung Milliyet (17.3.) berichtete, dass die PKK den Konflikt mit politischen Mitteln lösen will und zitierte aus dem neuerlichen Dialogangebot: „Wir sind der Auffassung, dass für eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage, einer der grundlegenden Fragen für die Türkei, die Aufnahme eines neuen Prozesses notwendig ist. Wir rufen den türkischen Staat und dessen Regierung erneut zu Frieden und Dialog auf.“

Das Militär ist an keinem Ausgleich interessiert. Die türkische Luftwaffe setzt die Bombardierungen von PKK-Stellungen im Nordirak fort. Laut einer Meldung der Nachrichtenagentur ANF (25.3.) sollen seit Wochen türkische Offiziere den andauernden Artilleriebeschuss Südkurdistans der iranischen Armee mit koordinieren. Erwartet wird eine gemeinsame Operation der türkischen und iranischen Armee im Grenzgebiet der Kandilberge.

Verfolgung der legalen Opposition, Verbotsverfahren gegen die DTP

Vor Newroz wurde die türkische Menschenrechtsanwältin Eren Keskin zu einer mehrmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt wegen eines Interviews im Berliner „Tagesspiegel“, wo sie die Macht des Militärs kritisierte.

Das Verbotsverfahren gegen die DTP wurde eröffnet, dazu sollen alle Abgeordneten, die Bürgermeister und weitere rund 250 Funktionäre mit Politikverbot belegt werden. In der letzten Woche wurde von der Generalstaatsanwaltschaft der Antrag beim Parlamentspräsidium eingereicht, für alle 20 DTP-Abgeordneten die Immunität aufzuheben. Anscheinend sollen gegen jeden einzelnen DTP-Abgeordneten zumeist nach dem Antiterrorparagrafen 301 Gerichtsverfahren eröffnet werden. Auf diese Weise soll versucht werden, die DTP und ihre Funktionäre von den Kommunalwahlen auszuschalten.

Steht ein neuer Putsch bevor?

In der Türkei spitzt sich der Machtkampf zwischen Militärs und Kemalisten auf der einen und AKP-Regierung auf der anderen Seite zu. In der Woche vor Newroz wurde in Istanbul der Chefredakteur der Tageszeitung Cumhuriyet, Ilhan Selcuk, festgenommen, der als scharfer Kritiker von Premier Tayyip Erdogan gilt. Auch ein früherer

Rektor der Universität Istanbul, Kemal Alemdaroglu, und der Vorsitzende der Arbeiterpartei (IP), Dogu Perincek, wurden inhaftiert. Sie sollen an einer nationalistischen Verschwörung beteiligt sein. Bei den Ermittlungen gegen die angebliche Verschwörergruppe, die sich „Ergenekon“ nennt, waren bereits im Januar mehr als 30 Verdächtige festgenommen worden, darunter ein Oberst a.D. und ein Ex-General. Sie sollen in mehrere Anschläge verwickelt sein – etwa in die Ermordung des armenischen Bürgerrechtlers Hrant Dink und eines katholischen Priesters. Nach türkischen Medienberichten soll die Geheimorganisation weitere Mordanschläge geplant haben, darunter gegen den Literatur-Nobelpreisträger Orhan Pamuk sowie mehrere kurdische Politiker. Ihr Ziel sei es, die Türkei innerpolitisch zu destabilisieren und so einen Putsch gegen die islamisch-konservative Regierung herbeizuführen.

Beider kemalistischen Parlamentsposition stießen die Festnahmen auf scharfe Kritik. Die Antwort der Kemalisten und Militärs ließ nicht lange auf sich warten. Dieses Mal wird über die Justiz versucht, die AKP-Regierung zu beseitigen. Gegen die Regierungspartei AKP wurde ein Verbotsverfahren wegen des „Versuchs der Islamisierung der Türkei“ eröffnet. Zudem sollen die führenden Funktionäre der AKP mit einem Politikverbot belegt werden, was die komplette Regierung unter Erdogan sowie den türkischen Staatspräsidenten Gül beträfe. Das kommt einem Putschversuch über die Justiz gleich. Das Verfassungsgericht, dass über den Verbotsantrag entscheidet, ist mehrheitlich mit Kemalisten besetzt.

Die AKP überlegt, ob mit einer Verfassungsänderung oder einem Verfassungsreferendum ein Verbot abzuwenden sei. Die EU-Staaten drohen mit dem Abbruch, zumindest aber mit einem Aussetzen der EU-Beitragsverhandlungen im Falle eines Verbots der AKP.

Keine Änderung der europäischen Kurdenpolitik in Sicht

Der Europäischen Gerichtshof in Luxemburg entschied Anfang April, dass die PKK und aus ihr hervorgegangene Volkskongress Kongra Gel zu Unrecht auf der Terrorliste der EU geführt werden. Die Europäische Union habe ihre Aufnahme der PKK 2002 und des Kongra-Gel im Jahr 2004 in die Liste nicht ausreichend begründet, erklärte das Gericht seine Entscheidung mit Verfahrensfehlern. (Standard, 4.4., junge Welt 3.4.) Es sieht aber nicht danach aus, dass die EU dieses Urteil zum Anlass zu einer Kurskorrektur in der Kurdenfrage nehmen könnte. Ein EU-Vertreter bekräftigte, dass die PKK auf der Liste bleiben werde.

Rudolf Bürgel

Streikwelle in Vietnam für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen

In den ersten drei Monaten dieses Jahres streikten in Vietnam rund 250 000 Beschäftigte bei Firmen mit ausländischem Kapital in den Investitionszonen von Hanoi, Hue, Da Nang, Long An und Ho Chi Minh Stadt. Die Streiks zogen sich durch alle Branchen: Textil- und Schuh-, Spielzeug-, Nähmaschinenproduktion, Automobilzulieferer, Stahlproduktion und Werften.

Nur von einem Streik berichteten westlichen Medien: Der Streik der mehr als 20 000 Arbeiterinnen bei der Schuhfabrik des taiwanischen Unternehmens Ching Luh, die für Nike produzieren. Die Arbeiterinnen fordern eine 20-prozentige Erhöhung ihres Lohnes von 59 Dollar und besseres Kantinenessen. Ein Angebot von zehn Prozent mehr Lohn haben sie bisher abgelehnt. (Stand 2.4.)

In anderen für Nike fertigenden Fabriken streikten im Januar und Februar etwa 40 000 Arbeiterinnen. Nike lässt etwa 75 Millionen Paar Schuhe in Vietnam herstellen. Ein paar Sportschuhe werden in Vietnam für zwei Euro hergestellt, in Europa werden sie für etwa 120 Euro verkauft.

Vietnam gilt derzeit als attraktivstes Investitionsland, berichtete das „Handelsblatt“ am 9.10.07. Im letzten Jahr erreichtendie ausländischen Neuinvestitionen 15 Mrd. US-Dollar. Nach China ist Vietnam die am zweitschnellsten wachsende Volkswirtschaft Asiens. Die Attraktivität für ausländisches Kapital machen in Vietnam die billigen Herstellkosten aus, im Wesentlichen erreicht durch Billiglöhne.

Die ausländischen Fabriken entwickeln sich zum Unruheherd. Der staatlich festgesetzte Mindestlohn in ausländischen Fabriken liegt bei 50 US-Dollar (in einheimischen ein Drittel weniger). Der Mindestlohn war zum 1. Januar nach Streiks in 540 ausländischen Betrieben im letzten Jahr um fünf Dollar erhöht worden, bei 19 Prozent Inflationsrate aber viel zu wenig.

Ausländische Firmen zahlen in der Regel schon über 50 Dollar, 65% der Beschäftigten haben aber eine Sechs-Tage-Woche, 25% eine Sieben-Tage-Woche. Tägliche Arbeitszeiten von mehr als acht Stunden sind die Regel, manche Firmen verlangen die 70-Stunden-Woche, eine taiwanische Firma wollte jährlich tausend Überstunden. 30% der Beschäftigten haben nur einen befristeten Arbeitsvertrag.

In den Staatsbetrieben sind 95% der Beschäftigten in der Einheitsgewerkschaft VGCL organisiert. In den ausländischen Unternehmen ist diese kaum vertreten. Sie ruft auch hier nicht zu den Arbeitskämpfen auf. So sind diese Streiks illegal.

rub

Flüchtlingsorganisationen fordern: Keine Abschiebungen mehr nach Griechenland

In einem offenen Brief fordert der Europäische Rat für Flüchtlinge und Exilanten die 27 EU-Mitglieder auf, keine Asylbewerber mehr zurück nach Griechenland zu schicken. Die EU-Regelung sieht vor, dass der Staat der ersten Einreise über das Schicksal eines Asylbewerbers entscheidet. Deshalb werden alle Flüchtlinge, die über Griechenland in die EU einreisen, vor allem Flüchtlinge aus Irak, Afghanistan und dem Horn von Afrika, nach Griechenland rücküberführt, wenn sie ein anderes EU-Land erreicht haben. Im vergangenen Jahr hat Griechenland keinen einzigen Flüchtling z.B. aus dem Irak anerkannt. Asylsuchende erhalten keinen effektiven Zugang zum Asylverfahren und kein rechtliches Gehör, wenn sie ihre Anträge stellen. Die Mehrheit aller Asylanträge werden von den zuständigen Behörden nicht registriert. Rücküberstellte Flüchtlinge werden unter schrecklichen Bedingungen und ohne Rechtsgrundlage inhaftiert; deshalb hat Norwegen inzwischen entschieden, alle Abschiebungen dorthin auszusetzen. ProAsyl hat Ende letztes Jahres die berüchtigten Haftanstalten auf Chios, Samos und Lesbos besucht und u.a. mit mehr als 100 Flüchtlingen gesprochen und dabei schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen dokumentiert. Die Küstenwache misshandelt systematisch neu ankommende Flüchtlinge, dabei kam es in einem Fall zu Waterboarding. Anlandende Flüchtlinge, darunter auch Minderjährige, wurden zurückgewiesen und auf unbewohnten Inseln ausgesetzt, kleine Flüchtlingsboote zurück in internationale oder türkische Gewässer abgedrängt. In einigen Fällen wurden Flüchtlinge in Schlauchboote, die die Küstenwache zuvor mit Messern durchlöchert hat-



te, auf offener See zurückgezwungen. Aktuell sind rund 200 Flüchtlinge aus Irak und Afghanistan, die die Polizei bei Razzien im Fährhafen Patras verhaftet hatte, von Abschiebung bedroht, darunter Minderjährige. Der Deutschlandfunk berichtete am 7.4. von mutigen Protestaktionen illegaler Flüchtlinge in Athen. (Bild: Haftzentrum auf Samos)

Ägypten: Schwere Auseinandersetzungen zwischen Polizei und streikenden Textilarbeitern

An der größten derzeitigen Streikaktion im Land beteiligen sich 27 000 Textilarbeiter einer staatlichen Textilfabrik. Als bewaffneten Polizei die Fabrik besetzten, wehrten sich die Textilarbeiter mit Steinen und Stöcken. Mehr als 50 Streikende wurden verhaftet, über 100 verletzt. Die Behörden schlossen die Schulen, verboten alle Demonstrationen und gingen auch gegen überall im Lande aufflammende Solidaritätsaktionen vor. Streiks sind in Ägypten verboten; doch wie wir bereits berichteten, gibt es seit Ende 2006 eine nicht abreißende Streikwelle. Mehr als ein Drittel der Ägypter leben unterhalb des Existenzminimums von umgerechnet 2 Dollar pro Tag, und die Preise explodieren. (BBC)

Frankreichs Behinderte demonstrierten gegen Armut

Zehntausende behinderte und chronisch kranke Menschen demonstrierten am 29. März in Paris gegen Armut und für einen wür-

digen Lebensunterhalt. Sie waren in Bussen, Flugzeugen und Sonderzügen aus ganz Frankreichs gekommen. Auf Spruchbändern und Plakaten war zu lesen „Behinderung heißt Armut“ oder „628 Euro im Monat sind keine Kaufkraft, sondern nichts“. Nach Angaben der Vereinigung der Querschnittsgelähmten (Association des Paralysées de France) lebt die große Mehrheit der Behinderten in Frankreich unter der Armutsgrenze von 817 Euro im Monat. Jeder fünfte arbeitsfähige Behinderte ist erwerbslos. Vor der Kundgebung hatte Präsident Nicolas Sarkozy zugesagt, die Beihilfen von je 628 Euro für 810.000 Behinderte um fünf Prozent zu erhöhen. Im Wahlkampf hatte er eine schrittweise Erhöhung um 25 Prozent versprochen. Selbsthilfeorganisationen und Sozialverbände verlangen eine Angleichung an den gesetzlichen Mindestlohn von 1280 Euro. (Quelle: Kabinet)

USA: Drei Jahre nach „Katrina“ immer noch 40.000 Familien obdachlos

Knapp drei Jahre, nachdem der Hurrikan Katrina wütete, leben derzeit immer noch 40.000 betroffene Familien an der Südküste der USA in Notunterkünften. Sie sind untergebracht in Wohnwagen und Caravans. Nach der Katastrophe waren rund 143.000 Familien obdachlos. Wie der Leiter der Katastrophenschutzbehörde Fema, Paulison, mitteilte, bemühen sich die Behörden derzeit, angesichts der bevorstehenden Sturmsaison täglich bis zu 800 Familien in Hotels oder Apartments unterzubringen. Dass der Wiederaufbau lange dauert, damit habe er gerechnet, aber nicht damit dass die Unterbringung der Hurrikan-Opfer nach fast drei Jahren immer noch nicht abgeschlossen ist, sagte Paulison.



Schuhfabrik in Vietnam



© Andreas Warrhorn / Greenpeace

Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer (CSU) hat das Gentechnik-Gesetz durchgesetzt. Nun bringt er genmanipulierten Mais nach Bayern. WÜRZBURG. Dort wird dieser Mais dieses Jahr erstmals auf mehreren Feldern bei Würzburg kommerziell angebaut. Aus Protest haben Greenpeace-Aktivisten am 31. März 2008 einen dieser Gen-Äcker im Landkreis Kitzingen mit einem sechs Meter hohen und fünf Meter breiten gelben „X“ aus Holz markiert.“ Greenpeace erklärt dazu: „Auf Flächen von insgesamt etwa 90 Hektar soll im Raum Würzburg der genmanipulierte Mais wachsen. Wir haben alle diese Felder auf Google-Maps kenntlich gemacht. Auf der Karte im Internet sind auch die vorgeschriebenen Sicherheitsabstände eingezeichnet, die beim Anbau von Gen-Pflanzen einzuhalten sind. So können Anwohner

und benachbarte Landwirte erkennen, ob sie direkt von dem Gen-Anbau betroffen sind ... Einmal in die Umwelt freigesetzt, sind Gen-Pflanzen nicht mehr rückholbar und stellen eine Gefahr für das ökologische Gleichgewicht und die menschliche Gesundheit dar. Deshalb ist der Anbau von Gen-Mais in Frankreich, Polen, Ungarn, Österreich, der Schweiz und Griechenland mittlerweile verboten. Rumänien – das Land mit der größten Maisanbaufläche in der EU – hat erst jüngst angekündigt, bis zum 15. April einen Anbaustopp für Gen-Mais zu verhängen ... Leider hat Landwirtschaftsminister Horst Seehofer im Dezember 2007 den Verkauf des Gen-Maises MON810 des US-Agrarkonzerns Monsanto in Deutschland wieder zugelassen ... Momentan ist der Anbau für rund 4400 Hektar angemeldet.“ www.greenpeace.de

„Marsch der Landlosen“ am 17. April 2008

BERLIN. Als Teil der Proteste im Vorfeld des G8-Gipfels im Juni in Japan veranstalten die Menschenrechtsorganisation FIAN, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), die AG Kleinstlandwirtschaft und das Aktionsnetzwerk Globale Landwirtschaft am 17. April 2008 in Berlin einen symbolischen „Marsch der Landlosen“. Nach dem Vorbild der Landlosenbewegungen des Südens machen die VeranstalterInnen damit auf Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung und die prekäre Situation von Kleinbauern, -bäuerinnen, bäuerlichen Betrieben und Landlosen weltweit aufmerksam. Obwohl diese auf dem Land leben und Nahrungsmittel produzieren, stellen sie etwa achtzig Prozent der Hungernenden dar. Mit dem Marsch der Landlosen fordern die VeranstalterInnen von dem Bun-

desministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz (BMELV) und dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) grundsätzliche Veränderungen in der Agrar- und Entwicklungspolitik: keine weitere Förderung von Markt- und Macht-konzentration in den Händen weniger Agrarkonzerne, sondern weitgehende Agrarreformen und die Unterstützung von Kleinbauern, -bäuerinnen und bäuerlicher Landwirtschaft weltweit. Die reichen Länder müssen ihre landwirtschaftlichen Billigexporte stoppen, die sowohl Entwicklungsländern, als auch bäuerlichen Betrieben im Norden schaden und dürfen die Länder des Südens nicht zur Öffnung ihrer Agrarmärkte drängen. Der 17. April ist der internationale Aktionstag des weltweiten Kleinbauernetzwerks „La Via Campesina“. Es setzt sich weltweit für Ernährungssouveränität ein, im Norden wie im Süden. www.fian.de



Forderung an Daimler: „Ausstieg aus dem Geschäft mit Waffen“

BERLIN. „Den Ausstieg aus dem Geschäft mit Waffen, die lückenlose Aufklärung über alle Graumarktgeschäfte und Vorfahrt für Klimaschutz bei allen Mercedes-Modellen“ fordern die Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD) und die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) in ihren sechs Gegenanträgen auf der Hauptversammlung des Auto- und Rüstungsriesen am 9. April in Berlin von Vorstand und Aufsichtsrat. Andernfalls wollen die Konzernkritiker laut KAD-Sprecher Paul Russmann „Vorstand und Aufsichtsrat die Entlastung verweigern“. „Wegen der Verwicklung in die Herstellung von Raketenwerfern für Streumunition über die Daimler-Rüstungstochter EADS“ übergeben die Kritischen Daimler Aktionäre in der Hauptversammlung Konzernvorstand Dieter Zetsche einen schwarzen Koffer mit über 2.500 unterschriebenen Boykott-erklärungen potentieller Autokäufer, die erklärt haben, „solange keinen Mercedes kaufen zu wollen, solange Daimler mit der Produktion grausamer Waffen Geld verdient – insbesondere mit der Beteiligung an Streumunitonswerfern“, so KAD- und DFG-VK-Sprecher Jürgen Grässlin und verwies auf die Homepage www.wir-kaufen-keinen-mercedes.de. www.dfg-vk.de

„Residenzpflicht abschaffen! NPD keinen Raum geben!“

BAD SAAROW. Vom 16.–18.4.2008 treffen sich die Innenminister des Bundes und der Länder auf ihrer halbjährig stattfindenden Sitzung in Bad Saarow. Brandenburg hat in diesem Jahr mit Innenminister Schönbohm den Vorsitz. In den vergangenen Jahren ist die Innenministerkonferenz vor allem durch restriktive Beschlüsse zur Flüchtlingspolitik hervorgetreten. Dieses Jahr wird es vor allem um Terrorismusbekämpfung und Jugendkriminalität gehen. Ein Thema wird jedoch seit Jahren immer wieder ausgespart: die Residenzpflicht für Flüchtlinge! Seit 1982 wird durch das so genannte „Residenzpflicht“-Gesetz die Bewegungsfreiheit von Asylbewerbern in Deutschland verletzt, indem deren Aufenthalt auf den ihnen zugewiesenen Landkreis beschränkt wird. Das Verlassen des Landkreises ist nur mit Genehmigung der zuständigen Ausländerbehörde möglich. Auf diese Genehmigung besteht kein Rechtsanspruch. Der mehrfache Verstoß gegen die Residenzpflicht ist eine Straftat – eine Straftat, die nur Flüchtlinge begehen können! Flüchtlingsräte und Initiativen fordern daher die Innenminister in Bad Saarow auf, sich endlich diesem Thema zu widmen.

Die NPD hat ebenfalls eine Kundgebung zur Innenministerkonferenz in Bad Saarow angemeldet. Die Initiativen rufen auf, den Rechten keinen Raum für ihre ausländerfeindlichen Parolen zu lassen. www.hier.geblieben.net

Flüchtlingsrat NRW sorgt sich um Kosovo-Roma

DÜSSELDORF. Am 11. März 2008 hat die erste Sammelabschiebung vom Flughafen Düsseldorf in den nun unabhängigen Kosovo stattgefunden. Der Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen befürchtet, dass im Laufe der kommenden Monate erstmals auch Roma in großer Zahl in den Kosovo abgeschoben werden könnten, sobald die internationale Verwaltung im Kosovo ihre Kompetenzen an die neue kosovarische Regierung abgegeben hat. Die Flüchtlingsorganisation appelliert an den Landesinnenminister, bei der Anwendung der gesetzlichen Bleiberechtsregelung großzügiger vorzugehen. Bundesweit leben in der BRD noch mehr als 30.000 Angehörige ethnischer Minderheiten aus dem Kosovo, ein großer Teil davon in Nordrhein-Westfalen. Die größte Gruppe sind Angehörige der Roma, die bislang nicht abgeschoben werden konnten, da die internationale Verwaltung im Kosovo, UNMIK, ihre Rücknahme aus Sicherheitsgründen und aufgrund einer desaströsen medizinischen und sozialen Versorgung bislang abgelehnt hat. Dies könnte sich ändern, sobald die UNMIK im Laufe der nächsten Monate das Feld räumen und ihre Kompetenzen der neuen kosovarischen Regierung übergeben wird, befürchtet der Flüchtlingsrat NRW: Dr. Brigitte Derendorf, Vorstandsmitglied des Flüchtlingsrates: Die deutsche Seite habe bereits durchgesetzt, dass seit Anfang dieses Jahres bei Abschiebungen nicht mehr geprüft werde, ob überhaupt ausreichende Wohnmöglichkeiten vorhanden seien, so Derendorf.

www.fluechtlingsrat-nrw.de

Aktionstag für Sozialberatung in NRW am 20. Mai 2008

DÜSSELDORF. Arbeitslosenzentren und Arbeitslosenberatungsstellen aus NRW rufen landesweit zur Teilnahme an einem Aktionstag gegen die Streichung der Finanzierung von unabhängigen Sozialberatungsstellen auf. Am Dienstag, den 20. Mai 2008, findet die Beratung für Arbeitslose, BezieherInnen von Sozialleistungen und Menschen mit geringem Einkommen vor örtlichen ARGEs, Rathäusern oder auf Marktplätzen statt. BeraterInnen werden an diesem Tag im Freien beraten, um auf die katastrophale Lage der Sozialberatung in NRW aufmerksam zu machen. Ratsuchende sollen

sich solidarisch erklären und erhalten Gelegenheit ihre Beratungsstelle zu unterstützen. Das Bündnis für Sozialberatung in NRW fordert: die Fortführung der Finanzierung von Sozialberatungsstellen aus Landesmitteln, einen breiten Dialog anzustoßen, um Konzepte für finanzielle Lösungen zur Erhaltung unabhängiger Beratungsstrukturen in NRW zu finden, ein Recht auf behördenumabhängige Sozialberatung für alle Leistungsberechtigte und Menschen mit geringem Einkommen. In Zeiten zunehmender sozialer Kälte ist unabhängige Sozialberatung unverzichtbar! www.tacheles-sozialhilfe.de

„Der Deckel muss weg! Keine Nullrunde für Krankenhäuser!“

HANNOVER. Mit einem deutlichen Appell an die politisch verantwortlichen wandten sich am 3. April 2008 die Geschäftsführung und die Mitarbeitervertretung der Diakonischen Dienste Hannover mit einer gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit. Sie fordern eine zukunftsfähige Krankenhausfinanzierung und ein Ende der Deckelung. Die Krankenhäuser müssten so finanziert werden, dass sie ihren Versorgungsauftrag erfüllen können und die Beschäftigten an der wirtschaftlichen Entwicklung teilnehmen können. In der Erklärung heißt es u.a.: „Für die Beschäftigten in Krankenhäusern in öffentlicher Trägerschaft steigen die Entgelte am 1. Januar 2008 – abweichend von der allgemeinen Regelung – um den Sockelbetrag von 50 Euro und um 1,6 Prozent linear. Die Differenz von 1,5 Prozentpunkten wird in das Jahr 2009 verschoben. Die Verschiebung eines Teils der linearen Erhöhung bei den Krankenhäusern in das kommende Jahr ist in der Erwartung erfolgt, dass im Rahmen des 2009 anstehenden Endes der Konvergenzphase und der notwendigen gesetzlichen Neuregelung der Krankenhausfinanzierung, die wirtschaftliche Not der Krankenhäuser endlich gehört wird ... Der gesamte Krankenhaussektor ist von der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland abgehängt worden. Kein Wunder, dass über 35% der Krankenhäuser bereits in den roten Zahlen stecken. Das ist die Folge einer verfehlten Krankenhausfinanzierung. Für die ohnehin geplante Änderung der Gesetzgebung zur Krankenhausfinanzierung ab 2009 sollte die Abkehr von Budget- und Preisdeckelung beschlossen und ein zukunftsfähiges Finanzierungssystem eingeführt werden. Mitarbeitervertretung und Geschäftsführung fordern, dass die Krankenhäuser so finanziert werden, dass sie ihren Versorgungsauftrag erfüllen können und die Beschäftigten an der wirtschaftlichen Entwicklung teilnehmen können.“ www.ag-mav.de

Transrapidprojekt München an Kostenexplosion gescheitert

MÜNCHEN. Bayern wird den Transrapid von München Hauptbahnhof nach München Flughafen nicht bauen. Die Baukosten für das äußerste unpopuläre Projekt waren explodiert. Zwar sollte der Transrapid mit fast einer Milliarde aus Bundesmitteln für Hochtechnologie gefördert werden, die Mehrkosten im Milliardenbereich hätte aber der Freistaat Bayern tragen müssen. Die zahlreichen Transrapidgegner hatten schon vor Monaten ein Volksbegehren gegen die Finanzierung des Projektes aus Haushaltssmitteln gestartet. Das Innenministerium hielt das für einen unzulässigen Eingriff in das Haushaltssrecht des Landtags und zog vor den Bayerischen Verfassungsgerichtshof, der am 4. April, nachdem die Staatsregierung bereits den Stopp des Projekts verlautbart hatte, die Unzulässigkeit des Volksbegehrens feststellte. [Münchner Lokalberichte Nr. 7/08](http://www.muenchner-lokalberichte.de)



Mittenwald 2008: Angreifbare Tradition auf dem Rückzug?

MÜNCHEN. Der „Kameradenkreis der Gebirgsstruppe“ hat seinen Pfingsttermin auf dem Hohen Brendten in diesem Jahr aufgegeben. Der Hintergrund des in der Gemeinde hart verhandelten Terminverzichts ist allerdings nicht militärischer Natur, sondern sollte wohl eher touristischen Belangen der Gemeinde geschuldet sein. Eigentlich wollten die alten und neuen Kameraden dieses Jahr am letzten Aprilwochenende auf den Berg ziehen. Da ist aber „Internationales Militärmusikfestival“ in Garmisch-Schirmdame Frau Jung, Angetraute des Bundesministers für Verteidigung. Die Terminplanung wurde somit schwierig, da es zurück auf Pfingsten auch nicht ging. Offizielle Begründung des Kameradenkreises: An Pfingsten gehören die jungen Soldaten zu ihren Familien. So soll dieses Jahr am Sonntag nach Himmelfahrt/ Vatertag auf den Berg gezogen werden. Geplantes Programm unter:

<http://www.anarchie.de/main-71774.html>

**1. Mai 2008
Gute Arbeit
muss drin
sein!**





Zug der Erinnerung

Bahn behindert Gedenken

Bis zum letzten Tag versucht die Deutsche Bahn AG, den „Zug der Erinnerung“ zu behindern, der seit November mit seiner Ausstellung durch die Bundesrepublik fährt. Der von einer Bürgerinitiative organisierte Zug gedenkt mit seiner Wanderausstellung der Deportation Hunderttausender Kinder in die faschistischen Vernichtungslager. Wo immer er Station machte, hatten Initiativen zugleich auch Ergebnisse regionaler Spurenreise zusammengetragen, fanden viele Veranstaltungen der Erinnerung statt. Am 13. April sollte der Zug Berlin erreichen, bevor er dann über brandenburgische Bahnhöfe weiter nach Auschwitz/Oswiecim fährt.

Anfang April nun teilte die Bahn AG kurz und bündig mit, dass der Berliner Hauptbahnhof aus „betrieblichen“ Erfordernissen für den Zug gesperrt werde. Die Rauchentwicklung der Dampflok gefährde die Sicherheit. Auch die Gedenkstätte Grunewald – einer der zentralen Deportationsbahnhöfe der Reichsbahn – wird für den Zug gesperrt. Ähnlich hatte das Unternehmen Ende März in Hamburg agiert: Nur aufgrund zahlreicher Proteste u.a. der Jüdischen Gemeinde konnte erreicht werden, dass der Zug wenigstens einen kurzen Tag im Hauptbahnhof stehen und die Ausstellung danach vier Tage im Altonaer Bahnhof zu besichtigen war. In Köln hatte die Bahn die Verlängerung der Ausstellung verweigert, um die die Organisatoren aufgrund des großen Besucherandrangs gebeten hatten. Über 160.000 Menschen kamen bisher in die Ausstellungswagen.

Nicht zuletzt empören die hohen Gebühren, mit denen die Bahn AG den „Zug der Erinnerung“ belegt: Pro Ausstellungsaufenthalt verlangt sie zwischen 22 und 45 Euro/Stunde, pro gefahrenen Kilometer 3,50 Euro, dazu Gelder für Nachtabstellung, Strom-

anschlüsse (ohne Verbrauch) usw. Bei einer Gesamtstrecke von rund 6000 km und 60 Stationsaufenthalten von mindestens zwei Tagen summieren sich die Forderungen auf ca. 100.000 Euro. Trotz aller Appelle, denen sich inzwischen sogar CDU-Ministerpräsidenten und Abgeordnete aller Bundestagsfraktionen angeschlossen haben, will die Bahn AG die Forderungen eintreiben und keinen einzigen Cent als Spende zurückstatten. Die Deutsche Bahn AG als „Erbe des ‚Sondervermögens Deutsche Reichsbahn‘“ wolle „offensichtlich ... ein weiteres Mal an den früheren Deportationen verdienen“, schrieb die Berliner Initiative.

Auch der Berliner Bürgermeister

Wowereit forderte die Deutsche Bahn auf, das Projekt angemessen zu unterstützen: „In der deutschen Hauptstadt ist der Holocaust erdacht und geplant worden. Die Juden Berlins sind von den Nationalsozialisten systematisch in die Vernichtungslager gebracht worden, und zwar mit der Eisenbahn. Deshalb muss es gerade in Berlin möglich sein, dass ein verdienstvolles Gedenkprojekt wie der ‚Zug der Erinnerung‘ in unserer Stadt jede Form von Unterstützung erhält.“ Die Initiative ruft für den 12. April zu einer Großveranstaltung vor dem Brandenburger Tor auf. Von dort sollen über 4.600 Kerzen mit Namensschildern der aus Berlin deportierten Kinder zum Potsdamer Platz, der Konzernzentrale der Bahn AG, getragen werden.

Wir dokumentieren geringfügig gekürzt die Rede von Zwi Steinitz sowie den Schluss der Rede von Steffi Wittenberg, gehalten zur Begrüßung des „Zugs der Erinnerung“ im Hamburger Hauptbahnhof am 25. März 2008.

Christiane Schneider

Zwi Steinitz: „Im Namen der Menschen, die diese Hölle nicht überleben konnten“

Mein Name ist Zwi Steinitz. Ich lebe in Tel Aviv, Israel und bin Holocaustüberlebender. Mit großer Anerkennung für alle Beteiligten an diesem außergewöhnlichen Projekt stehe ich tief bewegt vor diesem „Zug der Erinnerung“. Er will uns daran erinnern, dass vor über 60 Jahren auf denselben Gleisen, auf denen er heute durch Deutschland fährt, Millionen Menschen, gerade auch Kinder und Jugendliche, in den Tod deportiert wurden und nur eine Minderheit durch Zufall am Leben geblieben ist.

Dieser Minderheit gehöre ich an und ich habe die heilige Pflicht und Aufgabe, unsere Liebsten, die unschuldigen Opfer, in Wort und Schrift zu verewigen. Ich spreche im Namen der Menschen, die diese Hölle nicht überleben konnten. Einzelne SS-Henker hatten das Recht, das Schicksal Tausender zu bestimmen, so auch das Schicksal meiner Familie. Gewaltsam wurden wir auseinander gerissen. Meine Eltern und mein Bruder wurden in einen Viehwaggon gestopft, um im Vernichtungslager Belzec einen grausamen Tod zu erleiden. Ich konnte diesen Henkern in der letzten Sekunde entweichen. Ich war noch so jung, drohender Gefahren nicht recht bewusst. Ich wollte leben!

Mein Vater war ein deutscher Patriot, Kriegsteilnehmer im Ersten Weltkrieg und Gymnasiallehrer. Mit Beginn der Naziherrschaft musste er jahrelange Demütigungen und Erniedrigungen erleiden, wie Entlassung aus dem Schuldienst, Zwangseinweisung ins Ghetto – es war ein Leben in ständiger Angst. In seiner Verzweiflung und Ohnmacht, als er sich für den Abtransport am Tor

des Sammellagers einfinden musste, blieb er vor den SS-Schergen stehen und rief ihnen mit erhobener, zorniger Stimme entgegen: „Ihr Mörder, ihr Verbrecher, ihr Mörder, ihr Verbrecher!!!“ Vater hatte nichts mehr zu verlieren. Er wusste bereits, wohin die Nazis ihn und seine Familie deportieren würden!

Das war der 1. Juni 1942, der Tag meines 15. Geburtstages. Nach wenigen Tagen waren meine Eltern und mein Bruder nicht mehr am Leben. Ich frage warum, warum, wie war das möglich?!

Fünfmal wurde ich in Viehwaggons der Deutschen Reichsbahn transportiert. Doch den Höhepunkt der Brutalität erlebte ich nach dem Todesmarsch von Auschwitz nach Gleiwitz auf dem anschließenden Transport in offenen Viehwaggons nach Buchenwald, im Januar 1945, mitten im Winter. Stehend zusammengepercht, ohne jegliche Bewegungsmöglichkeit, standen müde und ausgehungerte Menschen tagelang in den offenen Waggons. Brutaler und unmenschlicher als Schlachtvieh hat man uns behandelt – der Tod hielt Einzug. Es war ein Geisterzug im wahrsten Sinn des Wortes.

Heute stehen wir hier vor einem Zug, der uns diese Gräueltaten vor Augen stellen will. Das Ziel und die Aufgabe dieses beachtenswerten Projektes ist eine Mahnung und Warnung vor dem Aufstieg menschenfeindlicher, extremistischer Elemente in Deutschland und in der ganzen Welt. Es ist ein Appell besonders an die junge Generation, aus der dunklen menschenunwürdigen Vergangenheit zu lernen und aktiv zu werden gegen das Verdrängen, gegen das Vergessen und gegen das Verleug-



Überlebende des Holocaust beim Empfang des „Zugs der Erinnerung“ in Hamburg. Links: Ester Bejarano (Hamburg), hinter ihr Zwi Steinitz (Tel Aviv), vorne rechts Steffi Wittenberg (Hamburg)

nen! Meine persönliche Botschaft und mein Aufschrei ist: „NIE WIEDER!!“

Wir Überlebende werden immer weniger. Wir sind die letzten Mohikaner, die noch berichten können. In wenigen Jahren werden keine Zeitzeugen mehr vor Ihnen stehen. Auf diesen Gleisen, auf die wir hier heute schauen, sind mitten durch deutsche Bahnhöfe Viehwaggons mit Ladungen von unschuldigen Menschen in Vernichtungslager gerollt. Auf zahlreichen Waggons stand die Aufschrift „Räder müssen rollen für den Sieg.“ (...)

Steffi Wittenberg: „Dieser Zug der Erinnerung soll uns mahnen“

(...) Wir müssen immer wieder daran erinnern, es waren nicht nur Juden, nicht nur Sinti und Roma, es waren auch Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter – (natürlich auch jüdische Widerstandskämpfer darunter), die mit der Reichsbahn in die KZ-Lager, Vernichtungslager und Zuchthäuser transportiert wurden, ebenso Christen, andere Oppositionelle, Euthanasieopfer, Homosexuelle, Zeugen Jehovas, so genannte „asoziale“ Menschen. Und die vielen Zwangsarbeiter, die durch ganz Europa zum Teil in offenen Güterwaggons gekarrt wurden.

Erinnern, ehren und nicht vergessen heißt aber auch, die heutige Zeit kritisch betrachten und Konsequenzen aus Unrecht und inhumanem Handeln ziehen. Rassismus und Antisemitismus dürfen nicht toleriert werden und in unseren Städten dürfen keine Demonstrationen der ultrarechten Organisationen und Nazi- oder Neonazi-Parteien stattfinden. Dass am Barmbeker Bahnhof am 1. Mai sich ultrarechte Gruppen treffen und auch noch durch den Stadtteil marschieren dürfen, ist doch mit dem heutigen Gedenken an die Naziverbrechen nicht in Einklang zu bringen. Und ich, die ihr Leben durch die Aufnahme in einem fremden Land retten konnte, möchte mich auch dagegen wenden, dass nicht wenige Migrantenzugendliche von ihren Familien getrennt und aus unserer Stadt abgeschoben werden. Ohne Rücksicht darauf, was aus ihnen wird. Für Abschiebungen sollen sogar noch spezielle Fluglinien angeheuert werden. Was mag das Flugpersonal angesichts dieser „Fluggäste“ empfinden?

Dieser Zug der Erinnerung, der das grausame Schicksal von mehr als zehntausend Kindern sichtbar macht, soll uns mahnen, die heute in Hamburg lebenden Kinder zu schützen: Inländer und Ausländer, mit und ohne Religion, egal ob sie eine pink oder schwarze Hautfarbe haben. Sie sollen hier in Frieden und mit guter Ausbildung leben.

Das sind wir den Opfern, die wir heute ehren, schuldig.

Hessen nach der Landtagswahl

Mehrheit für einen „Politikwechsel“ – die Umsetzung wird nicht einfach

Am 5. April trat der neue Hessische Landtag erstmals zusammen. Nachdem die Wahldersozialdemokratischen Kandidatin Ypsilanti zur neuen Ministerpräsidentin an Meinungsverschiedenheiten in der SPD im Verhältnis zur Linkspartei gescheitert ist, bleibt die Koch-Regierung zunächst geschäftsführend im Amt. Die Landtagsabgeordneten der SPD, der Grünen und der Linken, die zusammen über eine knappe absolute Mehrheit von drei Stimmen verfügen (SPD: 42, Grüne: 9, Linke: 6 – CDU: 42, FDP: 11) haben die Chance, Gesetze zu beschließen, die für viele Menschen kleine und größere Verbesserungen zur Folge haben, und die die Regierung dann umsetzen muss. SPD und Grüne werden auf der zweiten Sitzung des Landtags einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der Studiengebühren einbringen, der von der Linken unterstützt wird. Der Entwurf enthält allerdings – anders als von den Linken gefordert – nicht die rückwirkende Abschaffung.

Forderungen und Themen der Linken

Weitere Forderungen und Themen der Linken, die in den nächsten Wochen in parlamentarische Initiativen eingearbeitet werden, sind:

- Rückkehr des Landes in die Tarifgemeinschaft der Länder;
- eine andere, auf Chancengleichheit setzende Bildungspolitik;
- gegen Kriegseinsätze (und gegen den Umzug des US-Head-Quarters nach Wiesbaden-Erbenheim).¹

Die Landtagsfraktion der Linken hatte auf ihrer ersten Klausurtagung im März beschlossen, in sechs Regionen des Landes Abgeordnetenbüros einzurichten und regelmäßig monatlich an Brennpunkten politischer Auseinandersetzungen zu tagen.

Des Weiteren sind gemeinsam mit Kooperationspartnern und Initiativen Veranstaltungen zu Themen wie Asyl und Abschiebung, Sozialabbau, HessenCard für Menschen mit niedrigem Einkommen, Alternativen zu Ein-Euro-Jobs und Leiharbeit vorgesehen.²

Willi van Ooyen zur Arbeitsweise:

Der Fraktionsvorsitzende Willi van Ooyenerklärte auf der konstituierenden Sitzung des Landtags: „Wir verstehen uns nicht als Stellvertreter der sozialen Initiativen, sondern sind Bestandteil der außerparlamentarischen Aktionen und werden denjenigen eine Stimme geben, die in der Vergangenheit zu wenig Gehör gefunden haben ...“³

Bei strittigen Fragen, die sich in der

Tätigkeit im Landesparlament ergeben werden – etwa bei der Formulierung und Tragfähigkeit von Kompromissen – sollen in der Landespartei Verfahren entwickelt werden, die die Mitglieder in die Diskussion und Entscheidungsprozesse einbeziehen.

Wie Koch sein am 5. April abgegebenes Bekenntnis zu Loyalitätsverpflichtungen gegenüber dem Parlament in den nächsten Monaten praktisch versteht bzw. ob und wie er die Mehrheitsverhältnisse zu hintertreiben sucht, bleibt abzuwarten. CDU, SPD, FDP und Grüne werden in dieser Zeit weiter an der Schaffung von Regierungskoalitionen arbeiten. Die SPD hatte sich allerdings diesbezüglich auf einem Landesparteitag Ende März wie folgt festgelegt: Herstellung von Mehrheiten für einen „Politikwechsel“ unter Einbezug aller Fraktionen, einschließlich der Linken. Die Bildung einer großen Koalition wurde ausdrücklich ausgeschlossen.³

Willi van Ooyen hatte diesbezüglich für die Linken bereits frühzeitig klar gestellt: Es geht uns um inhaltliche Mehrheiten, nicht um Tolerierung und Koalition.⁴

Kommen bald Neuwahlen?

Scheitert die Regierungsbildung, wird es wahrscheinlich bald zu Neuwahlen kommen. Der Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“, Dr. Uwe Vorkötter, hatte das in seiner Kommentierung der konstituierenden Landtagssitzung bereits empfohlen: „Alles spricht für eine schnelle Neuwahl des Landtags. Alles, außer der Angst der Parteien vor der Niederlage.“⁵

Die Diskussion des Landshaushalt 2009, der vom Finanzminister der Koch-Regierung im Herbst einzubringen ist, wird in jedem Fall eine Marke dafür setzen, wie es weiter geht.

Ob es den Fraktionen der SPD, der Grünen und der Linken gelingt, zu für ihre Wählerinnen und Wähler überzeugenden Übereinkünften bei Gesetzentwürfen zu kommen, wird den Ausgang dieser Wahlen maßgeblich beeinflussen. Bis jetzt sind die Inhalte des „Politikwechsels“ nur grob umrisen. Die Verständigung auf praktische Schritte wird nicht einfach.

Olaf Argens

(1) Rede von Willi van Ooyen, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Hessischen Landtag, zur konstituierenden Sitzung des Hessischen Landtages

(2) Neues Deutschland, 28.3.2008

(3) FR, 27.3.2008

(4) Junge Welt, 5.3.2007

(5) FR, 5.4.2008

Eine Schule für alle!

Der schleswig-holsteinische Landtag hat im Januar 2007 ein neues Schulgesetz beschlossen. Die große Koalition aus SPD und CDU im Landtag einigte sich auf einen Kompromiss aus Regionalschule und Gemeinschaftsschule. Die Schulträger haben zu entscheiden, welche Schulform in ihren Gemeinden eingerichtet werden soll. Wenn auch für das Lehrpersonal und die Bildungsstandards überwiegend das Land zuständig ist, so sind doch Ausstattung und Gestaltung der Bildungseinrichtungen Aufgaben der Kommunen. Aus diesem Grunde ist die Schulfrage eins der zentralen Themen im Kommunalwahlkampf in Schleswig-Holstein.

Wo liegen die inhaltlichen und organisatorischen Unterschiede der beiden Schularten und welche Auswirkungen haben sie auf zukünftige Bildungschancen? Die Norderstedter Kinder- und Jugendbeiräte haben bereits im vergangenen Jahr die Kernpunkte des neuen Schulgesetzes analysiert. Das stellen wir im Folgenden in verkürzter Form dar.

Die Regionalschule:

Sie vereint die bisherigen Haupt- und Realschulen mit dem Ziel, allgemeines und berufsorientiertes Wissen weiterzugeben. Die Regionalschule beginnt mit einer einheitlichen Orientierungsstufe, in der SchülerInnen gemeinsam in den Klassen unterrichtet werden. Mit jeder Zeugnisvergabe wird der Leistungsstand einer/s jeden festgestellt. Danach wird entschieden, welcher Abschluss angestrebt und praktisch, in welcher Klasse das Kind zukünftig unterrichtet wird. Ab der siebten Klasse wird zumindest in den Hauptfächern getrennt unterrichtet. Die Regionalschule schließt nach der neunten Klasse mit einem *Hauptschulabschluss* oder nach der zehnten Klasse mit dem *mittleren Schulabschluss* ab. In beiden Fällen ist eine Prüfung zu bestehen.

Bedeutende Neuerung dieser Zwittr-Schule gegenüber der bisherigen Haupt- und Realschule ist, dass eine Entscheidung über den angestrebten Schulabschluss nicht mehr nach der vierten Klasse getroffen werden muss, sondern frühestens ab der sechsten, aber auch im späteren Verlauf noch geändert werden kann. Außerdem ist es möglich, mit einem guten Hauptschulabschluss ein weiteres Jahr zur Schule zu gehen und den mittleren Schulabschluss durch ein zehntes Schuljahr nachzuholen. Ein Sitzenbleiben ist



prinzipiell nicht mehr möglich. Die SchülerInnen können also darauf hoffen, dass sie durch eine flexible Übergangsphase jederzeit mit verbesserten Leistungen den Klassenzug „nach oben“ wechseln können, müssen aber auch damit rechnen, dass dieser Wechsel bei mangelnden Leistungen „nach unten“ umgekehrt geschieht.

Gemeinschaftsschule:

Die daneben vorgesehenen Gemeinschaftsschulen entsprechen in weiten Teilen einer heutigen Gesamtschule. An ihr werden im Unterschied zur Regionalschule die Schüler *aller drei Bildungsgänge* beschult. Auch hier sind die Übergänge von einem ins andere Schulsystem fließend. Im Vordergrund soll bei dieser Schulart die individuelle Förderung stehen, dafür sollen besondere Förderprogramme eingerichtet werden. Erst nach einem qualifizierten Realschulabschluss sind die Schüler dieser Schulart berechtigt, die gymnasiale Oberstufe zu besuchen, die sich aber örtlich an derselben Schule befindet. Das Abitur erlangt man mit einer zentralen Prüfung nach Abschluss des dreizehnten Schuljahrs (drei Jahre nach Realschulabschluss).

Gymnasium:

Die (bisherigen) Gymnasien bleiben als besondere Schulart bestehen. Um sie zu besuchen, benötigt man eine gymnasiale Schulempfehlung. Zu den größten Veränderungen dieser Schulart gehört, dass das *Abitur zukünftig nach dem zwölften Schuljahr* gemacht werden muss. Um diese Verkürzung kompensieren zu können, wird vermutlich verpflichtender Nachmittagsunterricht angeboten werden müssen. Das Lernziel der Gymnasien bleibt ab der Oberstufe das akademische Arbeiten, dafür wählen die SchülerInnen ein sogenanntes „Profil“, das aus mindestens drei Fächern besteht und durch

profilergänzende Fächer auf „grundlegendem Niveau“ erweitert wird.

Wer die Wahl hat...

Schulen und Schulträger müssen beantragen, welche der zwei, bzw. drei Schulformen sie zukünftig haben wollen. Sie können sich hierbei zusammenschließen. Die Mindestgröße für die Regionalschule beträgt 240 SchülerInnen, die Gemeinschaftsschule soll nicht unter 300 Kinder aufweisen. Ein Tatbestand, der schon zu einiger Konkurrenz unter den Schulen, ihren Schulleitern und den Eltern geführt hat. Um die erforderlichen Lernziele zu erreichen, sollen Fördergruppen und -klassen eingerichtet und/oder Ganztagsangebote gemacht werden. Letztere sind jedoch nicht verpflichtend. Kleinere Schulen werden von der Landesregierung als unrentabel eingeschätzt und haben keine Existenzberechtigung mehr.

DIE LINKE: Integrierte Gemeinschaftsschule statt Regionalschule

DIE LINKE im Kreis Segeberg hatte für den 18. März in Norderstedt zu einer Wahlveranstaltung eingeladen, die das neue Schulsystem zum Thema hatte: „Integrierte Gemeinschaftsschule statt Regionalschule“. In dem zuvor verteilten Flyer nannten sie die Regionalschule einen Weg in die Sackgasse, weil diese das Aussortieren der Kinder weiter betreibe und nun zur neuen „Restschule“ werde. Eltern versuchten zunehmend, ihre Kinder an den Gymnasien unterzubringen, weil mit den beiden anderen (Haupt- und mittleren Schul-) Abschlüssen keine beruflichen Erfolgsaussichten bestünden. Grundsätzlich betont DIE LINKE noch einmal, dass nur die integrierte Gemeinschaftsschule das dreigliedrige Schulsystem wirkungsvoll beenden könne. Sie fördere individuelle Begabungen und Fähigkeiten und könne die in den PISA-Studien zutage getretenen sozialen Ungleichheiten überwinden. Die Forderung nach einer integrierten „Schule für alle“ steht übrigens uneingeschränkt in den verschiedenen Wahlprogrammen der 15 Kreise in Schleswig-Holstein, ergänzt durch konkrete Vorstellungen.

Die beiden Referenten Heiko Winckel-Rienhoff und Volker Murawski (beide Grundschullehrer, im GEW-Vorstand der Kreise Segeberg und Stormarn und Kandidaten), sowie der für die Stadtvertretung in Norderstedt aufgestellte Spitzenkandidat Miro Berbig konnten sehr konkret über die Probleme berichten, die Eltern, SchülerInnen und Lehrer in den Orten des Kreises Segeberg und in der 80 000 Einwohner zählenden Stadt mit dem neuen Schulsystem hätten. Dabei ergab sich folgendes Bild:

– Eltern und Lehrer in Schleswig-Holstein wollen mehrheitlich die Gemeinschaftsschulen. Im Bildungsministerium lagen bereits im Dezember 2007 landesweit 95 Anträge auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule vor, nur 39 Anträge auf Einrichtung einer Regionalschule. Ein gemeinsames Lernen und gemeinsame Abschlüsse sind ihnen zunehmend wichtig. Sie wollen nicht, dass ihre Kinder dauernd die Schulart oder den Schulort wechseln müssen und sie wollen, dass ihren Kindern die Chance eines „noch besseren“ Abschlusses offen bleibt. Das kann annähernd nur in der Gemeinschaftsschule erreicht werden.

– Wenn das Land Schleswig-Holstein nicht bereit ist, in die neue Schulart zu investieren, bleibt jede Verbesserung auf der Strecke. Für das neue System werden mehr Lehrpersonal und vor allem Sozialarbeiter gebraucht, eine bessere Ausstattung der bisherigen und Schaffung neuer Schulräume für Sport-, Werken und Fördermaßnahmen (hier ist vor allem auch die Kommune gefragt!), eine Senkung der Schülerzahl in den Klassen und weniger Arbeitsstunden für die LehrerInnen. Sonst wird das Neue zu einer Farce und alle bleibt am Lehrpersonal hängen. Schon jetzt ist die Anforderung an einen Lehrer, die unterschiedlichsten Kinder (mit verschiedenem Bildungsstand, behindert, mit Migrationshintergrund) zu integrieren und sozial zusammenzuführen, kaum zu bewältigen.

– Ohne eine Verpflichtung zur Einführung von Nachmittagsunterricht – natürlich mit Versorgung und Ernährung der Kinder auf Kosten des Schul- und Bildungsetats der Landesregierung und/oder örtlicher Kommunen – kann dauerhaft keine Verbesserung der Lernsituation erreicht werden.

– Was muss mensch überhaupt sinnvollerweise lernen, war die abschließende Frage, die auf der Veranstaltung gestellt wurde. Es mangelt laut PISA-Studie in Deutschland vor allem daran, zu lernen wie man lernt, auch mit wenig Wissen Zusammenhänge zu erkennen und soziale Kompetenzen zu erlernen. Es wächst – auch in den neuen Schulen des Kreises – das Interesse an alternativen theoretischen und praktischen Lerninhalten, die beruflich, politisch und sozial zu gebrauchen sind. Darüber wird auch nach dem Wahlkampf noch viel zu diskutieren sein. Mit allen auf allen Ebenen. Aber vor allem auch bei den Linken, die am 25. Mai 2008 in Schleswig-Holstein sicherlich in die Kreis- und Stadtparlamente einziehen werden.

Edda Lechner

Quellen: Dokumentation der Norderstedter Kinder- und Jugendbeiräte zum neuen Schulgesetz, Dezember 2007

DIE LINKE. Schleswig-Holstein – Kommunalwahl-Programme unter <http://segeberg.linke-sh.de/>

Offenes Plenum am 26.3.08: Thema

Bildungspolitik. BREMEN. Das Offene Plenum der Fraktion Die Linke in der Bürgerschaft diskutierte, wie sich die aktuelle Sparpolitik auf die Bildungseinrichtungen auswirkt sowie, welche Forderungen Die Linke an die Schulpolitik stellt und wie „eine Schule für alle“ aussehen könnte. Agnes Alpers, Bildungsdeputierte für Die Linke, gab eine Darstellung der sozialen Spaltung der Stadt, die auch zu einer sozialen Spaltung beim Schulbesuch führt. Im Anschluss stellte sie einen umfangreichen Forderungskatalog auf, wie die Schule der Zukunft aussehen muss. Gemeinsames Lernen aller Kinder, kleine Klassen und Teamarbeit der LehrerInnen sind nur einige Stichpunkte. Eine Elternvertreterin schilderte, mit welchen Problemen der Besuch eines Förderzentrums für Kinder und Eltern verbunden ist. Die Klassengröße steigt und die Betreuung wird schlechter, obwohl die Probleme verhaltensauffälliger Kinder zunehmen. Dazu kommt, dass die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule nicht funktioniert und die SozialarbeiterInnen für die Eltern kaum erreichbar sind. www.dielinke-bremen.de

Gegen- oder Rückenwind? HAMBURG.

Unter großer öffentlicher Aufmerksamkeit wurden am 1. April die Themen Bildung, Kita, Kinder- und Jugend in den Koalitionsverhandlungen von CDU und GAL behandelt. Nach den Verhandlungen haben CDU und GAL einige Details ihrer Einigung verkündet: Ab dem zweiten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz, gebührenfreies Jahr vor der Schule (Kita oder Vorschule), mehr Ganztagsgrundschulen. Zu den Entscheidungen, ob die Studiengebühren, das Büchergeld und die Kita-Elternbeiträge nun in Zukunft gestrichen werden, ob „eine Schule für alle“ auf den Weg gebracht wird, sagten sie nichts. Dabei müsste ihnen klar sein, dass sich in Hamburg eine Mehrheit für gebührenfreie Bildung ausspricht, und dass 2009 ein Volksentscheid über „eine Schule für Alle“ ins Haus steht. Die Linke jedenfalls wird nicht nachlassen, für gebührenfreie Bildung und „Eine Schule für alle“ bis Klasse 10 in Hamburg zu kämpfen. Es liegt an der GAL, ob sie mit dabei ist oder ob sie Gegenwind erntet, weil sie sich für die Rettung des Bildungsprivilegs und die Interessen der Oberschicht entschieden hat.

<http://www.die-linke-hh.de/>

Bildungschancen junger Menschen

nicht zerstören: FRANKFURT. Am 18.3.2008 machten Jugendliche und

junge Erwachsene die versuchen, einen Hauptschulabschluss nachzuholen, im Rahmen einer „Öffentlichen Lernstunde“ auf dem Römerberg auf ihre schulische Situation aufmerksam. Diese Möglichkeit wird in Frankfurt bislang von mehreren Trägern in besonderen Kursen angeboten. Nun sollen solche Leistungen nicht mehr gefördert werden. Dies ist die neue Rechtsauffassung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Daraufhin hat die Rhein-Main-Jobcenter GmbH die diesbezügliche Förderung ab 1.9. 2008 gestrichen. Dies aber bedeutet, dass die Lehrgänge ab diesem Zeitpunkt beendet werden, obwohl selbst die Rhein-Main-Jobcenter GmbH die Erfolge dieser Kurse stets anerkannt hat... Aus diesen Gründen beantragte Die Linke im Römer am 27.3.: „Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die gemeinsame Aufforderung der Bildungsdezernentin und der Jugend- und Sozialdezernentin an die Bundesagentur für Arbeit, auch weiterhin entsprechende Möglichkeiten zu finanzieren. 2) Sollte es bis zum 1.9.2008 nicht zu einer einvernehmlichen Klärung hinsichtlich der Finanzierung der Kurse gekommen sein, sagt die Stadt Frankfurt den Trägern der Kurse die Finanzierung zu.“

<http://dieleinke-im-roemer.de>

Die Hauptschulen verbessern! STUTTGART.

Unter diesem Titel hat Die Linke – offene Liste im Stadtrat am 15.2. einen Antrag gestellt. In den Haushaltseratungen wurden Anträge dazu abgelehnt, sowohl die Forderung, dass die sog. Stuttgarter Bildungspartnerschaft auch an den Hauptschulen stattfinden soll, als auch die Forderung nach einer Sozialarbeiterstelle für jede (Haupt-)Schule. Sozialarbeiter an den Hauptschulen helfen den Schülern bei Problemen aller Art, bearbeiten gemeinsam mit den Schülern Streitigkeiten und helfen Mobbing und Gewalt zu verhindern. Das wäre besonders in den großen Klassen wichtig, damit Gruppenarbeit möglich wird und sich die Lehrer stärker um einzelne Schüler kümmern können. Die Schulbürgermeisterin forciert derzeit mit Pressemitteilungen und Anzeigen die Suche nach Ehrenamtlichen, die dann zur Reparatur eingesetzt werden. Das Projekt „Startklar“ ist sicher sehr hilfreich, wenn Rentnerinnen mit Berufs- und Lebenserfahrung zusätzliche individuelle Hilfe bei Bewerbungen und Stellensuche geben. Das ist aber kein Ersatz für die fehlende Lehrer und schlechte Ausstattung von Schulen.

Ulrike Küstler, Kommunale Berichte 4/2008
(Zusammenstellung: ulj)

Nach Arbeitslosigkeit ist Einkommensarmut Hauptauslöser von Überschuldung

Schuldner-Atlas 2007

Dies geht aus dem kürzlich vom Verband Creditreform veröffentlichten „Schuldner-Atlas 2007“ (www.creditreform.de) zur Überschuldung von Privathaushalten in Deutschland hervor. Creditreform ist eine europaweit agierenden Unternehmensgruppe mit den Hauptgeschäftsfeldern Bonitäts- und Wirtschaftsauskünfte über Unternehmen und Privatpersonen, Inkasso- und Mahnverfahren sowie Kreditrisikomanagement. Der Bericht enthält eine große Fülle an Informationen, die im Folgenden ausschnittsweise zusammengefasst werden.

Trotz sinkender Arbeitslosenzahlen steigt die Überschuldung in allen Bundesländern. Überschuldung liegt vor, wenn die zu leistenden monatlichen Gesamtausgaben des Schuldners höher sind als die Einnahmen, und ihm zur Deckung seines Lebensunterhaltes weder Vermögen noch Kreditmöglichkeiten zur Verfügung stehen. 2007 waren nach dieser Definition 7,34 Millionen Menschen über 18 Jahre bzw. 3,1 Millionen Haushalte überschuldet. Das sind rund 150.000 Menschen mehr als 2006. Seit 2004 steigt die durchschnittliche Schuldnerquote, d.h. der Anteil der überschuldeten Menschen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung über 18 Jahre, kontinuierlich. Dabei liegt die Quote in den östlichen Bundesländern nur geringfügig höher als in den westlichen. Ausdruck zunehmender Überschuldung sind die Verbraucherinsolvenzen, die sich seit Jahren von Höchststand zu Höchststand entwickeln. So stiegen diese Verfahren im 1. Halbjahr 2007 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 18 %. Neben Arbeitslosigkeit und Einkommensarmut nennt Creditreform als weitere Hauptursachen für Überschuldung: Scheidung/Trennung, Krankheit/Tod des Partners sowie nicht angemessenes Konsumverhalten, unwirtschaftliche Haushaltsführung und Straffälligkeit.

Trotz eines konjunkturellen Aufschwungs mit einem nachhaltigen Abbau der Arbeitslosigkeit wird es nach Einschätzung von Creditreform in den nächsten Jahren zu keinem markanten Rückgang der Schuldnerquoten kommen. Ein Grund sei die Angebotsstruktur von Teilerneugeschaffenen bzw. neu angebotenen Arbeitsplätzen. Viele dieser Arbeitsplätze seien im Niedriglohnbereich angesiedelt. Da das Geld oft nicht zu einem „normalen“ Leben reicht, würde sich die Überschuldungsgefahr nur wenig verringern. Ein weiterer Grund sei das seit 2004 immer stärkere Auseinanderklaffen zwischen Nettolohn- und Verbraucherpreis-Entwicklung. Insbesondere der deutliche Preisanstieg bei Basisgütern wie Lebensmitteln und Energie würden bei einkommensschwachen Personen zu einem weiteren Ungleichgewicht der Einkommens- und Ausgabensituation führen.

Abschließend verweist der Bericht auf die gesellschaftlichen Folgen fort dauernder Überschuldung wie Verfestigung der Armut und dauerhafter Ausschluss der Betroffenen von einer gesellschaftlichen und ökonomischen Teilhabe.

Als Gegenmaßnahmen werden u.a. genannt: Schaffung sicherer Arbeitsplätze, die den Lebensunterhalt gewährleisten, Ausbau der Schuldner- und Insolvenzberatung, Einbindung der Schuldnerforschung in die Armut- und Bildungsdebatte.

Beispiel Stadt Berlin

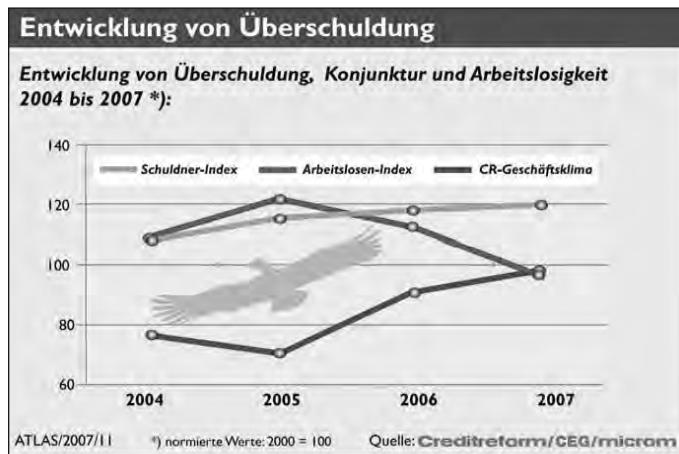
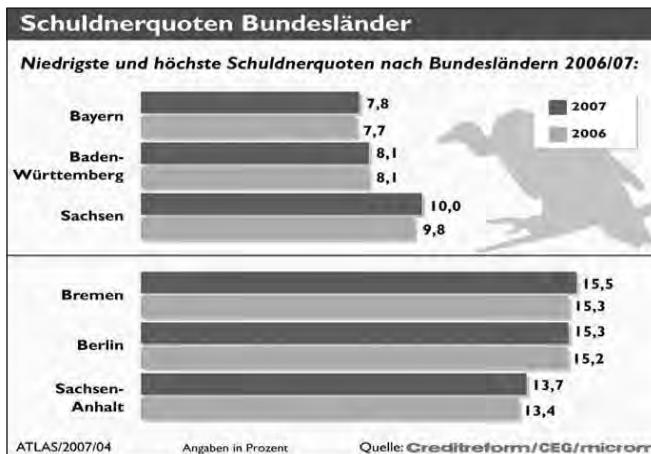
Wie schon 2006 hat Berlin auch 2007 mit 15,3 % die zweithöchste Schuldnerquote aller Bundesländer und aller deutschen Städte über 400.000 Einwohner. Die Verschuldung ist fast doppelt so hoch wie in Bayern oder Baden-Württemberg. Nur in Bremen ist die Quote noch höher.

Die Spreizung der Schuldnerquote zwischen Ost und West ist in Berlin wie schon 2006 rückläufig. Betrachtet man die Berliner Bezirke im Einzelnen ist der Anteil überschuldeten Haushalte in Neukölln und im Bezirk Mitte, zu dem auch der Stadtteil Wedding gehört, mit jeweils 21 % am höchsten. In Friedrichshain-Kreuzberg, Marzahn-Hellersdorf (jeweils 17%) und in Teilen von Tempelhof-Schöneberg und Lichtenberg ist die Schuldnerquote ebenfalls hoch. Relativ schuldenfrei sind dagegen die Bewohner in äußersten Nord- und Südwesten sowie teilweise im Südosten von Berlin. In den Stadtbezirken Steglitz-Zehlendorf, Reinickendorf sowie Teilen von Charlottenburg-Wilmersdorf und Treptow-Köpenick liegt der Schuldneranteil zwischen 0 und unter 9%.

Einkommensarmut ist in Berlin offensichtlich höher als in anderen Stadtstaaten. So haben Berliner Familien mit Kindern im Durchschnitt ein deutlich geringeres Einkommen als Familien mit Kindern beispielsweise in Hamburg oder Bremen. Das verfügbare Einkommen von Privathaushalten erreicht in Berlin nur rund 64 % des Hamburger Niveaus. Am stärksten betroffen von Überschuldung sind Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren. Deren Anteil ist in Berlin mit 46 % bundesweit am höchsten.

Beispiel Stadtbezirk Neukölln

Neukölln ist einer der ärmsten Bezirke Berlins. Hier leben rund 300.000 Menschen, davon 243.000 über 18 Jahre. Die Arbeitslosenquote liegt seit Jahren deutlich über dem Schnitt Berlins und meist über 25 %. Die Jugendlangzeitarbeitslosigkeit ist hoch. Auch der Anteil Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren ist hier deutlich höher als in anderen Bezirken. Die Zahl der überschuldeten Haushalte steigt in Neukölln seit Jahren. War die durchschnittliche Schuldnerquote 2004 mit 18,06 % schon sehr hoch, stieg sie in den Folgejahren jeweils um über 1 % und betrug 2007 21,43 %. Derzeit sind rund 52.000 Menschen über 18 Jahre in Neukölln überschuldet. bab



Deutliche Tarifsteigerung im öffentlichen Dienst

Der Artikel zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst in den Politischen Berichten 3/2008 v. 13.3. endet mit der Einschätzung, dass die Schlichtung im öffentlichen Dienst scheitern wird und eine Urabstimmung für unbefristeten Streik wahrscheinlich sei. Der erste Teil der Einschätzung traf zu: Der Schlichterspruch, mit 13:12 gegen die Arbeitnehmerseite gefällt, wurde abgelehnt. Urabstimmung und Streik finden allerdings nicht statt. In einer außergewöhnlich langen und intensiven letzten Verhandlungsunde einigten sich die Gewerkschaften und Arbeitgeber überraschend doch noch auf einen Abschluss.

Mit dem Tarifabschluss werden die Einkommen der Beschäftigten in einem großen Bereich des öffentlichen Dienstes (Bund und Kommunen) relativ kräftig erhöht. Durch die tabellenwirksame Aufstockung von 50 Euro für alle gleich ergibt sich in den unteren Einkommensgruppen eine Tariferhöhung von über 7% in diesem Jahr. Für die Beschäftigten im Osten wurden bzw. werden die Entgeltgruppen 1-9 zudem ab 1. Januar auf 100% des Westniveaus angeglichen. Dies gilt auch für Auszubildende und Praktikanten, die darüber hinaus mit einer Erhöhung von monatlich 70 Euro rund 10% mehr verdienen.

Auffallend an diesem Abschluss, wenngleich auch in der öffentlichen Darstellung nicht besonders hervorgehoben, ist noch Folgendes. Verschiedene vereinbarte Punkte zeigen, dass das Thema Fachkräftemangel den öffentlichen Dienst „eingeholt“ hat. So zieht der Bund beispielsweise die oben beschriebene Tarifangleichung Ost an West für die mittleren und hohen Einkommensgruppen (Entgeltgruppen 10-15) auf den 1.4.08 und damit um 20 Monate vor. Bei Arbeitsplatzwechsel und Neueinstellungen werden die Beschäftigten nicht mehr wie Berufsanfänger behandelt, sondern es werden Vorzeiten angerechnet. Dies gilt auch für die Kommunen. Darüber hinaus sind in einzelnen Branchen, konkret z.B. dem Nahverkehr, Tarifgespräche verabredet worden, wie der (negativen) demographischen Entwicklung durch Personalgewinnung, Aus- und Weiterbildung, aber auch Gesundheitsmanagement entgegnet werden kann.

Der Abschluss wird in der Presse als Erfolg der Gewerkschaft Verdi bezeichnet. Dass der Schlichterspruch in vielen Punkten nachgebessert werden konnte – und dies am Verhandlungstisch – ist in der Tat ein Erfolg. Das Ergebnis kann sich in vielen Punkten auch sehen lassen: Die Einkommenser-

höhungen sind deutlich, es ist gelungen, eine soziale Komponente durchzusetzen, die strittigen Punkte in Sachen Übergang altes auf neues Tarifrecht konnten weitestgehend geklärt werden oder aber durch Fristverlängerungen „entschärft“ werden.

Dass die Bundestarifkommission trotzdem nicht rundum zufrieden war, hat mit der Arbeitszeitverlängerung um eine halbe Stunde im kommunalen Bereich zu tun. Ab 1.7.08 erhöht sich die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in den Kommunen der Bundländer NRW, Rheinland-Pfalz, Saarland, Niedersachsen und Bayern sowie in Teilländern in Hamburg, Bremen und Berlin auf 39 Stunden.

Allerdings gilt dies in der Regel nicht für die Beschäftigten der kommunalen Krankenhäuser, die dafür eine Kompensation leisten müssen (Kürzung bei Zulagen). Und die Beschäftigten im Erziehungsdienst erhalten als Ausgleich für die Arbeitszeiterhöhung 2,5 Tage für Qualifizierung und Vorbereitung. Die Arbeitszeit im Osten bleibt bei 40, die beim Bund bei 39 Wochenstunden.

Insbesondere der mitgliederstarke Landesbezirk NRW sprach sich gegen das Verhandlungsergebnis aus. Hier wie auch in anderen Bundesländern war vor gut 2 Jahren die 38,5-Stunden-Woche mit Streiks verteidigt worden.

In einer urabstimmungsgleichen Befragung aller Mitglieder bis zum 11.4. soll jetzt die Stimmung vor Ort erkundet werden. Mit 64 zu 25 Stimmen empfiehlt die Bundestarifkommission

immerhin die Annahme.

Bei der öffentlichen Bewertung des Ergebnisses fällt auf, dass nach einer kurzen „Empörung“ der Arbeitgeber über den hohen Abschluss relativ schnell zur Tagesordnung übergegangen wurde. Wie immer, wenn ein Tarifabschluss der Wirtschaft missfällt, wird er als „nicht beispielhaft“ für andere Branchen bezeichnet. Und wie immer, wenn die Einkommen im öffentlichen Dienst (deutlich) erhöht werden, wird mit Privatisierung, Personalabbau und Gebührenerhöhungen gedroht. Letzteres kommt vor allem von den Kommunen. Immerhin haben sie in den Tagen nach dem Abschluss Anträge auf Aufnahme in das Entsendegesetz unterstützt (z.B. im Pflegebereich und bei der Müllentsorgung), um gegen die „Schmutzkonkurrenz“ privater Anbieter nicht schutzlos dazustehen.

Vom DGB und seinen Einzelgewerkschaften wurde der Abschluss begrüßt. 5% plus ist jetzt als Marke für weitere Abschlüsse gesetzt. Dass der Abschluss den privaten Konsum fördert, wurde sogar auf europäischer Ebene anerkannt.

Die Mitgliederbefragung wird in den meisten Landesbezirken eine hohe Zustimmung ergeben. Die Arbeitszeitverlängerung in den kommunalen Einrichtungen ist für die betroffenen Beschäftigten zwar ärgerlich; sie bringt aber trotz aller Kritik auch eine gewisse Vereinheitlichung in der Arbeitszeitfrage zurück. Und sie kann 2010, wenn im Osten die Arbeitszeitregelungen ausgelaufen sind, gemeinsam auf die Tagesordnung gesetzt werden. Entscheidend für die Zustimmung wird die monetäre Tariferhöhung sein, die es in diesem Maße seit rund 15 Jahren nicht mehr gab.

har

Kommunale Krankenhäuser bleiben im Flächentarif!

Ein wichtiges strategisches Ziel der kommunalen Arbeitgeber in der diesjährigen Tarifauseinandersetzung war, die kommunalen Krankenhäuser von der allgemeinen Einkommensentwicklung des öffentlichen Dienstes abzukoppeln und die Einkommens- und Arbeitsbedingungen der dort Beschäftigten möglichst in einem Sparten Tarifvertrag zu regeln. Dieses Vorhaben hat Verdi durchkreuzt! Frühzeitig hatte Verdi-Vorsitzender Frank Bsirske deutlich gemacht, dass in den Krankenhäusern und nirgends anderswo darüber entschieden wird, ob die kommunalen Krankenhäuser im Tarifverbund des öffentlichen Dienstes verbleiben oder nicht. Dem drastischen Personalabbau bei ständig zunehmender Leistungsverdichtung entsprechend groß war die Beteiligung von Krankenhausbeschäftigen an den Warnstreikaktionen. Neben den traditionellen Bereichen aus Technik, Wirtschafts- und Versorgungsdiensten sowie Pflege haben sich zunehmend auch Beschäftigte aus dem medizinisch-tech-

nischen Dienst und dem kaufmännischen Bereich an den Warnstreiks beteiligt und erfreulich viele Auszubildende – und Nicht-Gewerkschaftsmitglieder.

Die Diskussionen über die konkreten Streikmaßnahmen – über das, was im Krankenhaus möglich ist – waren von wachsender Entschlossenheit geprägt. Es ging nicht einfach darum, auf den zentralen Warnstreikveranstaltungen als Krankenhaus Flagge zu zeigen, sondern darum als Krankenhausbelegschaft dem Arbeitgeber durch Streikmaßnahmen den größtmöglichen wirtschaftlichen Schaden zuzufügen. Die Organisiertheit der Krankenhausbelegschaften ist in dieser Auseinandersetzung mit Sicherheit gewachsen und viele sind neu in die Gewerkschaft eingetreten. Und dennoch hätte ein Wochenlanger Streik auch die Probleme offener zu Tage treten lassen: die Zahl der gewerkschaftlich organisierten

► Beschäftigten liegt in der Mehrheit der Krankenhäuser weiter deutlich unter 50 Prozent; zwischen dem ärztlichen Dienst und den übrigen Beschäftigten, bzw. zwischen Verdi und Marburger Bund gibt es nicht nur Trennung, sondern häufig sogar Zerwürfnisse und offene Feindschaft.

Keine Arbeitszeitverlängerung

Die Erwartungen an diese Tarifauseinandersetzung waren und sind groß. Bei der Arbeitszeit für Krankenhausbeschäftigte werden diese Erwartungen voll erfüllt. Die Arbeitgeber müssen anerkennen, dass die Krankenhausbelegschaften in besonderem Maße belastet sind und eine Arbeitszeitverlängerung deshalb nicht zumutbar ist. So gilt für die kommunalen Krankenhäuser die 38,5-Stunden-Woche (Ausnahme Baden-Württemberg: 39 Stunden). Allerdings haben sich die Arbeitgeber diese kürzere Arbeitszeit in kommunalen Krankenhäusern im Vergleich zur ansonsten vereinbarten 39-Stunden-Woche auf Euro und Cent genau bezahlen lassen. Im Gegenzug wird nämlich für die Krankenhausbeschäftigte 1 Prozent des Leistungsentgeltes gestrichen und die in 2006 in Folge des Ärztestreiks durchgesetzte Zulage von 35 Euro wird um 10 Euro auf 25 Euro gekürzt (wiederum Ausnahme Baden-Württemberg). Die um 1,3 Prozent kürzere Arbeitszeit wird somit den Arbeitgebern durch 1,3 Prozent niedrigere Einkommen versüßt.

Aber auch die Krankenhausbeschäftigte können unter dem Gesichtspunkt der Tarifeinheit mit dieser Regelung leben. Die jetzt auf 25 Euro gekürzte Zulage wird nur an Krankenhausbeschäftigte gezahlt. Diese müssen jetzt auf das Leistungsentgelt verzichten. Im Jahr summiert sich die Zulage auf 300 Euro und kompensiert damit den Verlust des sowieso ungeliebten und konfliktbeladenen Leistungsentgelts.

Einkommenserhöhung: 2008 niedriger – 2009 schließen Krankenhäuser wieder auf

Die Entgelte der Krankenhausbeschäftigte werden 2008 um einen Sockel von 50 Euro plus 1,6 Prozent erhöht. Das ist weniger als die Erhöhung für die übrigen Beschäftigten, die 3,1 Prozent auf den 50-Euro-Sockel erhalten. Die Erhöhung für Krankenhausbeschäftigte variiert damit zwischen 5,55 Prozent (Entgeltgruppe 1, Stufe 2) und 2,5 Prozent (Entgeltgruppe 15, Stufe 6). Für eine Krankenschwester ohne Leistungs- oder Zusatzfunktion liegt die Erhöhung knapp oberhalb von 3,5 Prozent. In 2009 schließen die Krankenhausbeschäftigte aber wieder zu den übrigen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes auf. Dann erhalten diese eine weitere Erhöhung von 2,8 Prozent, während die Entgelte der Krankenhausbeschäftigte um weitere 4,3 Pro-

zent erhöht werden. Damit wird zwar nicht die Schlechterstellung der Krankenhausbeschäftigte im Jahre 2008 wieder gutgemacht – die um 1,5 Prozent niedrige Entgelterhöhung in 2008 ist unwiederbringlich verloren – aber ab 2009 wird die Tarifeinheit wieder hergestellt. Auf Sicht von zwei Jahren beträgt die Erhöhung für Krankenhausbeschäftigte wie für alle übrigen Beschäftigte 50 Euro Sockel plus 5,9 Prozent (Krankenhausbeschäftigte: 1,6 % + 4,3%; übrige Beschäftigte 3,1 % + 2,8 %).

Gemessen an der zu erwartenden Preissteigerungsrate (knapp 3 % für 2008) und der progressiveren Besteuerung von Einkommenserhöhungen ist Verdi damit erstmals seit Jahren der Erhalt der Realeinkommen knapp gelungen – denn bei der schlichten Be trachtung der Kaufkraft des einzelnen Krankenhausbeschäftigte ist natürlich der oben beschriebene Verlust von 1,3 Prozent durch Streichung des Leistungsentgelts und Kürzung der Zulage in Anschlag zu bringen. Insofern ist die für Januar 2009 vereinbarte Einmalzahlung in Höhe von 225 Euro für den Reallohnnerhalt in 2008 und 2009 auch unverzichtbar. Das Ziel der Forderung nach 8 Prozent mindestens aber 200 Euro, auch die Reallohnverluste der zurückliegenden Jahre zumindest teilweise auszugleichen, konnte nicht erreicht werden. Trotzdem trifft auch die Einkommensseite des Abschlusses auf Akzeptanz unter den Krankenhausbeschäftigte. Dabei ist sicherlich die starke soziale Komponente des Sockelbetrages und der Einmalzahlung von Bedeutung, die die Beschäftigten mit niedrigem Einkommen, die besonders von der Inflation betroffen sind, besonders unterstützt.

Der Deckel muss weg!

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft bewertet den Abschluss mit folgenden Worten: „Ein Personalkostenzuwachs in dieser Größenordnung ist mit der gesetzlichen Deckelung der Vergütung (gesetzliche Vergütungszuwachsraten von nur 0,64 %) und der fortbestehenden Kürzung jeder Krankenhausrechnung über den Sanierungsbeitrag um 0,5 % nicht im Entferntesten zu finanzieren.“ Verdi hat mit dem moderaten Abschluss für 2008 eine Frist für die Änderung der Krankenhausfinanzierung eingeräumt. Jetzt wird es darauf ankommen im Hinblick auf 2009 dem finanziellen Ausbluten der Krankenhäuser ein Ende zu setzen. Die Entgelterhöhungen können nicht mit weiterem Personalabbau kompensiert werden. Die Krankenhausfinanzierung muss geändert werden, um nicht Einkommenserhöhungen mit Personalabbau zu kompensieren, sondern ausreichend Personal zu guten Bedingungen zu beschäftigen. kar

BDA fordert von der Bundesregierung Aufgabe der gesetzlichen Mindestlohnpläne. FAZ, *Die., 1.4.08.*

Die Erwartung von Bundesarbeitsminister Scholz, zehn bis zwölf Branchen würden bis 31. März den Antrag zur Aufnahme ihrer Branche in das Entsendegesetz stellen, trat nicht ein. Lediglich sieben stellten den Antrag: Die Zeit arbeitsbranche, die Pflegedienste in der Altenpflege, das Wach- und Sicherheitsgewerbe, die Textilreiniger, die Weiterbildungsbranche und die private Forstwirtschaft sowie Spezialunternehmen im Bergbau. Auf die Forerungen der Arbeitgeber nach Aufgabe der Mindestlohnpläne entgegnete die Regierung, die Vereinbarungen würden eingehalten.

Wirtschaftspresse

Deutsche Wirtschaft steht in den Startlöchern für Investitionen in Zimbabwe. FAZ, *Frei., 4.4.08.*

H. Höhmann vom Afrika-Verein der Deutschen Wirtschaft wittert Chancen für deutsche Unternehmen – wenn es zu einem Machtwechsel in Zimbabwe kommt. „Das Potential in Zimbabwe ist riesig. Firmen, die jetzt reingehen, können bei einem möglichen Aufschwung den Vorsprung haben.“ Zimbabwe ist reich an Rohstoffen wie Kohle, Chrom, Platin und Gold. Südafrikanische Analysten berichten, dass ausländische Investoren in London und andernorts auf der Welt schon in den Startlöchern stünden. Bisher haben neben den Südafrikanern vor allem Chinesen und Russen in Zimbabwe investiert.

Auch beim Bezahlen wird die Kundschaft bespitzelt. FAZ, *Sa., 5.4.08.*

Beim Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE) rät man generell zu Vorsicht bei der Bezahlung mit EC-Karten, weil Videokameras in der Nähe von Kassen gang und gäbe seien. Die zweite Hand bei der Eingabe der Pin-Nummer über das Tastenfeld zu halten, sollte den Verbrauchern in Fleisch und Blut übergehen, erwartet H. Jöris, Vize-Geschäftsführer des HDE. Diese Hinweise an die Kundschaft werden nötig, da beispielsweise bei Lidl mittels versteckter Kameras die eigenen Angestellten und vermeintliche (andere) Diebe bespitzelt wurden. Verbraucherschützer raten möglicherweise betroffenen Lidl-Kunden, den Discounter zur Vernichtung der Daten aufzufordern und sich dies schriftlich bestätigen zu lassen.

Presseauswertung: rst

„Die Gewerkschaft braucht keinen neuen Verkäufertyp für die Mitgliederwerbung!“

Wer nebenstehende Graphik über die Mitgliederentwicklung des DGB genauer studiert, wird verstehen, warum so manchem Verantwortlichen in den Gewerkschaften Ratlosigkeit umtreiben, wenn er jenseits des Tagesgeschäftes über die zukünftige gesellschaftliche Rolle der Gewerkschaften nachdenkt. Die Graphik zeigt nur, dass im Jahre 2000 mit 7.772.795 die Marke der Mitgliederzahlen aus dem Jahre 1990 (7.937.923) deutlich unterschritten wurde und der „Wiedervereinigungseffekt“ aus der Übernahme der Gewerkschaftsmitglieder des FDGB längst nivelliert wurde. Die Talfahrt geht weiter: Am 31.12.2007 lag die Zahl der Mitglieder der DGB-Gewerkschaften bei 6.441.045.

Hinterfragt man diese Zahlen, stößt außerdem in der Struktur der Gewerkschaftsmitglieder auf schwerwiegende Verschiebungen: 75,5% der Gewerkschaftsmitglieder waren 1985 abhängig beschäftigt. Im Jahr 2003 waren es noch 65,8%. Allein der Anteil der nicht Erwerbstätigen, der Arbeitslosen und Rentner an den Gewerkschaftsmitgliedern betrug in 1985 19,1%, im Jahr 2003 waren es 30,2%. Der Anteil der Rentner stieg von 14,1% in 1985 auf 22,8% in 2003. In den Jahren 1985 bzw. 2003 betrug der Anteil der Arbeiter 40,9% bzw. 27,9%, der Angestellten 23,4% bzw. 27,3%, der Beamten 11,2% bzw. 10,6%. Der Anteil der gelernten Facharbeiter, der Kerngruppe gewerkschaftlicher Organisationsmacht, sank von 20,4% in 1985 auf 13,9% in 2003.

Über die Verankerung der Gewerkschaften in den Betrieben und damit über ihre tatsächliche Kampfkraft erlaubt der „Nettoorganisationsgrad“ – der Quotient, gebildet aus den abhängig beschäftigten Gewerkschaftsmitgliedern und den abhängig Beschäftigten insgesamt – ernsthafte Aussagen zu machen: Er schrumpfte von 25,15% im Jahre 1985 auf 17,62% in 2003.

Die Gewerkschaften künftig klein, aber fein?

Das wird nicht funktionieren. So vielfältig die Ursachen für den Mitgliedschwund sein mögen – die hohe Arbeitslosigkeit der letzten Jahre, prekäre Arbeitverhältnisse ohne alle Tarife, Plattmachen der DDR-Betriebe und/oder Umwälzungen der traditionellen Strukturen der Belegschaften in der

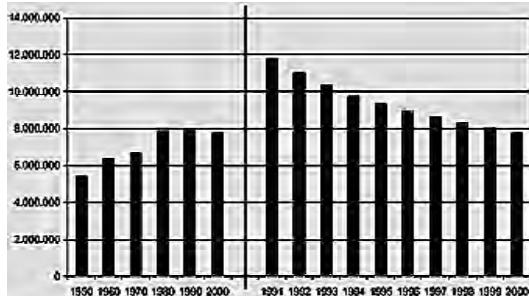


Abb.3: Entwicklung der Mitgliederzahlen des DGB von 1950 bis 2000 (Müller-Jentsch / Ittermann)

tigen Entwicklungen auf die Spur zu kommen, ohne diese von vornehmerein als unausweichliches Schicksal aufzufassen. Angenehm ist dieses Buch zu lesen, weil es keine Wunder verspricht und keine weiteren ermündenden Marketingkonzepte zur Mitgliederbindung vorlegt.

Die Studie nutzt „strukturentdeckende Verfahren“, wie sie der französische Soziologe Pierre Bourdieu in der Theorie des sozialen Raumes und des Habitus entwickelt hat. Untersucht wurden die neuen betrieblichen Konfliktkonstellationen nach dem Konzept von Habitus und Feld und der daran anknüpfenden typenbildenden Mentalitäts- und Milieuanalyse.

Betriebsräte in großen Unternehmen kennen das: Es gibt immer mehr Bereiche in den Belegschaften, in denen die KollegInnen ihnen nicht gerade gewerkschaftsfeindlich, aber – kommt es zum engeren Kontakt über Fragen, die normalerweise kollektiv mit einer Betriebsvereinbarung zu regeln sind – überraschend fremd gegenüberstehen. Verstärkter Leistungsdruck und Arbeitszeitregelungen in Abteilungen der technischen oder kaufmännischen Intelligenz sind typischerweise solche Themen. Zuvor war es im gewerkschaftlichen Vertrauenskörper gerade den aktiven KollegInnen nicht wirklich aufgefallen, dass kaum jemand aus diesen Bereichen z.B. je für den Betriebsrat kandidiert hat.

Das Buch über „Die neuen Arbeitnehmer“ untersucht, warum Betriebsrat und Gewerkschaften von diesen Belegschaftsgruppen nicht so angesehen werden, als könnten sie sich für ihre Arbeitsbedingungen und bessere Formen der Arbeitsorganisation einsetzen. Dabei stehen weder emotionale noch ideologische Motive der Abwehr im Vordergrund. Die Ursache liegt einerseits im „eigenverantwortlichen Ethos des Typus begründet, der zur selbständigen Lösung anstehender Probleme verpflichtet“ (Seite 128). Sie tun sich einfach schwer damit, auf Unterstützung angewiesen zu sein: „In meinem ganzen Leben würde ich nie auf die Idee kommen, zum Betriebsrat zu gehen.“ „Was will uns der Betriebsrat da im Umfeld helfen. Der weiß ja gar nicht, was da drin ist bei uns.“ Und haben diese KollegInnen nicht Recht, wenn sie sehen, wie sich das Betriebsratsmitglied, das aus der Werkshalle kommt, um sie abmüht – versiert in Akkordfragen, aber null Ahnung davon, wie es im Controlling oder der international organisierten Abteilung des IT-Service zugeht? Andererseits: Distanzieren sich Facharbeiter nicht

großen Industrie, hausgemacht durch falsche Politik oder bedingt durch den „neoliberalen Mainstream“ – mitgliederschwache Gewerkschaften verlieren an politischer Akzeptanz bei den Beschäftigten, weil sie kaum noch gesamte Belegschaften und Branchen repräsentieren. Ihr Ansehen, kompetent die Konflikte zwischen Lohnarbeit und Kapital regeln zu können, schwindet dahin. Die Kapitalisten nehmen sie immer weniger ernst. Die Gewerkschaftsoberen merken das. Die Öffentlichkeit konnte das im vergangenen Jahr an der nervösen Polemik von Verdi und IG Metall gegen die Gewerkschaft der Lokführer (GDL) beobachten. Der „Alleinvertretungsanspruch“, der grundlegend seit 1949 mit dem Gedanken der Einheitsgewerkschaft verbunden ist, funktioniert nicht mehr.

Der Vorsitzende der IG Metall Berthold Huber sieht im Zentrum der Politik seiner Gewerkschaft für die kommenden Jahre die Gewinnung von neuen Mitgliedern. „Wir wollen Tarifpolitik, Betriebspolitik und Gesellschaftspolitik erfolgreich gestalten, aber die entscheidende, die überragende Frage ist die Mitgliederfrage“, sagte er in seinem Referat „Zukunft braucht Gerechtigkeit“ vor den Delegierten des 21. ordentlicher Gewerkschaftstages der IG Metall am 4. bis 10. November 2007 in Leipzig. „Ob wir unsere Ziele erreichen, hängt einzig und allein von der Kraft ab, die wir selbst entwickeln“. Dazu sei eine „Revolution in unseren Köpfen“ notwendig, meinte Huber. Jeder Schritt und jede politische Initiative müsse von der Frage geleitet sein, ob sie Mitglieder bringt und die IG Metall vor Ort stärkt.

Die „neuen Arbeitnehmer“

Wie aber dies bewerkstelligen? Es gibt ein neues Buch, das versucht, sich dem Thema „Mitgliedergewinnung“ analytisch und methodisch zu nähern: „Die neuen Arbeitnehmer“. In Zusammenarbeit mit der IG Metall (der Vorsitzende Huber verfasste das Vorwort) ist dieses Buch entstanden. Es berichtet von einer Studie unter Leitung von Michael Vester, mit der die IG Metall ihre Organisation stärker auf die modernen Arbeitermilieus orientieren will.

Spannend ist das Buch, weil es in seinen Untersuchungen versucht, künft-

› leicht von Angestellten, die in der „Tepichetage“ arbeiten? Für sie, ihren Habitus, ist der Gegensatz zwischen körperlicher und geistiger Arbeit bestimmender. Angestellte werden von ihnen in der Regel als Vorgesetzte erlebt. Und deren Verhalten verbinden sie eher mit einer bestimmten Dienstmentalität der Anpassung und der Ein- bzw. Unterordnung.

Folgerungen für die Praxis

Wird dieser latente Konflikt von Betriebsräten und GewerkschafterInnen nicht erkannt, ist schnell die Spaltung der Belegschaft da und wieder sind keine Gewerkschaftsmitglieder in diesen Bereichen gewonnen worden. „Es ist daher überlebenswichtig für die Gewerkschaften, für jede Mitglieds- und Zielgruppe nicht nur die Lohn- und Leistungsbedingungen zu kennen, sondern auch die Denk- und Ausdrucksweisen, die Umgangs- und Geschmacksformen, die Weltbilder und die Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit, kurz: den Habitus. Der Habitus trügt nicht. Die Gewerkschaften brauchen keinen „neuen Verkäufertyp“ für die Mitgliederwerbung. Die betrieblichen Interessenvertretungen müssen darauf achten, dass die verschiedenen Mitgliedsgruppen von Kolleginnen und Kollegen angesprochen werden, die ihre „Wellenlänge“ haben, d.h. die deren Habitus und Berufsgruppe jeweils nahestehen und auch fachlich kompetent miteinander ins Gespräch kommen können. Sie dürfen dabei auf keinen Fall ihre immer noch große bisherige Stammbelegschaft aus den Augen verlieren. Weiter entwickelt muss vielmehr eine nach Milieus aufgefächerte Ansprache, die gleichzeitig das Gemeinsame betont.“ (Seite 99)

„Die neuen Arbeitnehmer“ — ein gutes Buch, die eigene gewerkschaftliche Praxis gründlich zu überprüfen.

Karl-Helmut Lechner

Michael Vester / Christel Teiwes-Kügler / Andrea Lange-Vester „**Die neuen Arbeitnehmer – Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit**“ Mit einem Vorwort von Berthold Huber, 256 Seiten, EUR 17.80, ISBN 978-3-89965-256-7 2007.

Die Landesarbeitsgemeinschaft in Schleswig-Holstein „Kommunistische Politik von unten in und bei der Partei DIE LINKE“ hat sich auf zwei Sitzungen am 9.12.07 und am 16.3.08 mit den hier behandelten Thema befasst und dabei folgende Quellen verwendet:

Mitgliederentwicklung des DGB: http://www.dgb.de/dgb/mitgliederzahlen/index_html
Eckhart Seidel, Michael Schlese in spw – sozialistische Politik und Wirtschaft, 2005: „Sind die Gewerkschaften noch zu retten?“

„Zukunft der Gewerkschaften“, Arbeitspapier 44, Böcklerstiftung 2004

Veranstaltungsbericht

Die Linke und der Krieg – Strategiediskussion zu einem wichtigem Thema

Im Rahmen der seit Anfang des Jahres laufenden Reihe „Werkstattgespräche“ nahm sich der Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung eines der zentralen Problemfelder linker Politik vor. Anhand von Referaten von Martin Fochler, als Redakteur der **MLB** (und der **PB**) an dieser Stelle wohl nicht vorstellungsbedürftig, und Jule Gilles, langjährige Sprecherin der Münchener PDS und Mitglied im Kreisvorstand der Partei **Die Linke**, wurde, am 11.3.2007 von ca. zwanzig Anwesenden unter dem weitgefassten Titel „**Die Linke und der Krieg**“ Fragen der Antikriegspolitik, speziell bezogen auf die programmatische Orientierung der Partei **Die Linke**, diskutiert.

Martin Fochler stellte den Kampf gegen die Kriegspolitik in Zusammenhang mit der Legitimität staatlichen Handels dar. Hierbei ging er aus von einem Zitat Carl Schmitts, wonach Politik als die Bereitschaft zu töten definiert wird. Carl Schmitt war in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts führender Staatsrechtler des Konservatismus und Hauptlegitimitor des NS-Regimes. Es sei bezeichnend, dass auch im gegenwärtigen staats-theoretischen Diskurs verstärkt auf Schmitt zurückgegriffen wird. Fochler stellte das Zitat in den Zusammenhang deutscher Ideengeschichte, für die der Gedanke, dass der Staat die Verkörperung der höchsten Sittlichkeit sei, prägend war. Hierdurch war es möglich, das Prinzip von Befehl und Gehorsam fest im Bewusstsein der Bevölkerung, gerade auch der bildungsorientierten Schichten, zu verankern und hierauf das gesamte Verhältnis zwischen Staat und Bürger zu begründen. Unter dieser Voraussetzung konnte der Erste Weltkrieg unter ungeahnter Grausamkeit und vor allem Instrumentalisierung und Objektivierung menschlichen Lebens geführt werden. Problematisch sei, dass der Erste Weltkrieg im Bewusstsein nicht mehr verankert, sondern allenfalls noch als historische Gegebenheit bekannt sei. Ohne die durch ihn verursachte Verrohung sei jedoch der folgende Faschismus nicht zu verstehen, in dem das Prinzip von Befehl und Gehorsam mit den Ideen von Führer und Untermensch zu einer völlig unkontrollierbaren Staatsgewalt kumulierte und in die hinreichend bekannten Verbrechen führte. Erst hierdurch wurde die Befehlskette als Staatsidee legitimiert. Nach Fochlers Ansicht seien für den Prozess der Delegitimierung weniger die Erkenntnis über die begangenen Verbrechen als vielmehr die Tatsache der Niederlage verantwortlich. Nach dem Krieg waren

die Erfahrungen von zwei Weltkriegen jedenfalls so breit im Bewusstsein verankert, dass dem Staat das Recht, über das Leben seiner Bürger zu verfügen, aus dem konkreten Erleben heraus abgesprochen wurde. Diese Erfahrung sei jedoch mit der Zeit mehr und mehr verloren gegangen. Dass die BRD wieder Krieg führen könne, sei auf eine Rückgewinnung staatlicher Legitimität zurückzuführen. Zwar sei keine breite Kriegsbegeisterung zu spüren, jedoch setze eine Gewöhnung ein, die zu Abstumpfung und Kritiklosigkeit führe. Perspektivisch sei zum einen nötig, das Erinnern auch an den Ersten Weltkrieg am Leben zu halten. Zum anderen müsse man in der politischen Auseinandersetzung aufzeigen, dass eine Schritt für Schritt vorangetriebene Entmilitarisierung der BRD Sicherheit und Stabilität in Europa und in den internationalen Beziehungen fördern würde. So sei die Europäische Union auf der Basis von wechselseitigem Einvernehmen und Verträgen zum gegenseitigen Vorteil entwickelt worden und gerade nicht unter einer Vormacht. Es habe sich in der weiteren Entwicklung gezeigt, dass es möglich ist, internationale Beziehungen auf rein politischen Absprachen beruhend zu begründen. Die weitere Entwicklung ist jedoch offen. Die im klassischen Staat immer latente Aggressionsbereitschaft und -fähigkeit wirke auch innerhalb Europas fort. So zeigten die dem neuen, großen souveränen Deutschland benachbarten Staaten und Gesellschaften immer deutlicher ein Interesse sich abzusichern. Es komme daher darauf an, die europäische Integration als einen politischen Prozess zu vollenden, der mit einer Demilitarisierung einhergehen müsse. Hierfür sei es notwendig, sich mit den rechtlichen Grundlagen, die das deutsche Staatswesen in seinen internationalen Beziehungen bändige, zu beschäftigen, was deswegen nicht leicht ist, weil die Normen, nach denen Staaten untereinander agieren, weit außerhalb der alltäglichen Erfahrungswelt liegen.

Jule Gilles ging vor allem auf offene Fragen und Probleme innerhalb der Antikriegsbewegung ein. So habe sich die damalige PDS bei ihrer Ablehnung deutscher Kriegseinsätze stark auf das Völkerrecht berufen. Hiermit war jedoch nicht die Gesamtheit aller geltenden Rechtsnormen der internationalen Beziehungen gemeint. Vielmehr berief man sich vor allem auf das System der UNO. Mit dem mehrfachen Bruch der UN-Charta sei dieses jedoch bereits kaputt. Zudem war die

Bezugnahme auf die UN nie unproblematisch. Ein wesentlicher Aspekt, auf der dieses völkerrechtliche System beruhte, war die territoriale Integrität der Staaten und das Gebot der Nicht-einmischung. Diese waren zwar wichtige Grundpfeiler, um Angriffs- und Eroberungskriege zu verhindern, jedoch geraten beide Prinzipien leicht in Konflikt mit der Solidarität zu Befreiungsbewegungen und der verbreiteten Befürwortung eines Selbstbestimmungsrechts der Völker. Des weiteren war diese Position in der politischen Auseinandersetzung weitgehend wirkungslos, weil die bloße Berufung auf einen Rechtsbruch als rechtspositivistisch jedenfalls in der Linke kaum anknüpfungsfähig ist. Während der Proteste gegen den Jugoslawienkrieg war man dann eher mit vielen materiellen Vorbehalten konfrontiert. Es habe die Angst vorgeherrscht, den Serben zu viel durchgehen zu lassen bzw. mit den falschen Leuten zu demonstrieren. In Verbindung mit offenen Lügen konnte es daher gelingen, die Kritik am Krieg weitgehend lahm zu legen und das bestehende völkerrechtliche System zu vernichten. Wie fundamental dieser Bruch wirklich ist, merke man an der Fassungslosigkeit, mit den so mancher der aktuellen Entwicklung im Kosovo zuschauen muss.

Ähnliche Widersprüche tun sich am Begriff der Globalisierung auf. Als Linker sei man ja eigentlich Internationalist, so dass man den angeblichen Souveränitätsverlust der Staaten, zu welchem das Fallen der Nichteinmischungsdoktrin gut passe, begrüßen müsse. Tatsächlich existiere jedoch eine globalisierungskritische Bewegung, der jedenfalls dann zuzustimmen sei, wenn es ihr gelingt zu zeigen, dass sich Kapital und Militär weltweit bewegen können, der Einzelne jedoch weiterhin innerhalb der nationalen Grenzen eingesperrt sei. Aus Sicht des Einzelnen ist eben kein Bedeutungsverlust des Staates zu erkennen. Vielmehr nehmen Überwachung und auch Steuerlast gerade zu. Wenn etwas an Bedeutung verliere, seien es Elemente demokratischer Steuerung. Es ist wichtig, grenzüberwindende Prozesse nicht generell für falsch zu erklären, sondern zu zeigen, dass diese auch in einem humanistischen Sinn denkbar wären.

Aufgabe der Linken ist es jetzt, den Bezug auf das Völkerrecht zu konkretisieren und präzise herauszuarbeiten, was man will. In diesem Zusammenhang seien auch ökonomische Analysen zu prüfen. Innerhalb der Partei Die Linke müsse zudem eine offene Debatte um die Haltung zur weltweiten Interventionspolitik geführt werden. So sei dieser Punkt in den programmatischen Eckpunkten zu offen formuliert. Eine solche Debatte dürfe weder dazu genutzt werden, in der Kriegsfrage um-

zufallen, noch dürfe sie als Fundamentalangriff auf die Antikriegspolitik der Linke von vornherein abgewürgt werden. Gerade die jüngste Äußerung des SPD-Vorsitzenden Kurt Beck, wonach die Außen-, und Sicherheitspolitik das entscheidende Kriterium der Unmöglichkeit einer Regierungsbeteiligung der Linken auf Bundesebene sei, zeige, wie notwendig eine Versicherung der eigenen Grundsätze ist. Werden offene Fragen nicht geklärt, kann eine Dynamisierung eintreten, die die Partei auseinanderlegt.

Die angesprochenen Probleme spiegelten sich auch in der anschließenden Diskussion wieder. So bestanden erhebliche Uneinigkeiten darüber, wie mit Krisensituationen in anderen Staaten umzugehen sei, was sich etwa an Stichworten wie „internationale Polizeieinsätze“, aber auch an der Frage, ob es genügt, den deutschen Abzug aus Afghanistan zu fordern, oder ob man sich nicht vielmehr Gedanken machen muss, welche Folgen dieser Abzug konkret hat, äußerte. Im weiteren Verlauf schien sich als Lösung für das Unbehagen, bezüglich der Reaktion auf be-

stehende Menschenrechtsverletzungen in internationalen Krisen eine Strategie herauszukristallisieren. Demnach müsse eine erfolgreiche Antikriegspolitik zwei Ebenen unterscheiden: Die internationale Solidarität mit Unterdrückten und der Kampf gegen Aggressoren wird als Kampf um die internationale öffentliche Meinung zu führen sein. Etwas anderes ist dagegen das staatliche Handeln Deutschlands. Hier müsse aufgezeigt werden, dass eine Arbrüstung der BRD und ihr Verzicht auf Großmachtambitionen keine Destabilisierung bewirke, sondern vielmehr ein wichtiger Schritt für eine internationale Friedensordnung sei. Die Fordeung beider Referenten, sich intensiver mit den völkerrechtlichen Strukturen und Normen zu beschäftigen wurde hierbei bekräftigt. Einigkeit bestand zudem darin, dass ein zentraler Punkt der Friedenspolitik die Öffnung der Grenzen für Flüchtlinge ist. Für Diktatoren wird es dann schwerer, wenn die zu Unterdrückenden schlicht weggehen können. *J.K.*

Aus: Münchner Lokalberichte Nr. 67/08

Eine Publikation des Verbands für Internationale Politik und Völkerrecht e.V.

Islamismus / Konflikt oder Koexistenz?

Der Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e.V. hat jetzt in der Blauen Reihe das Heft 17 mit dem Titel „Islamismus / Konflikt oder Koexistenz?“ vorgelegt. Dass die Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten schon seit jeher im Fokus der beruflichen Tätigkeit ehemaliger Diplomaten standen und noch stehen, belegen zahlreiche Publikationen. Schließlich haben sie oft viele Jahre in diesen Regionen ihr berufliches Leben verbracht. Das hinterlässt unauslöschliche Eindrücke.

Die Sorgen über die Nahostpolitik konservativer Kräfte sind in zwischen unteilbar. Vor drei Jahren wendeten sich 28 deutsche Botschafter a.D. aus Ost und West an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Josep Borrell Fontelles, und empfahlen einen Dialog auf gleicher Augenhöhe mit politischen Kräften der islamischen Welt. In seiner Antwort teilt der Präsident weitgehend die Auffassungen der deutschen Botschafter. Er schrieb u.a.: „Im Europäischen Parlament haben wir mehrere interparlamentarische Delegationen zu islamisch geprägten Staaten bzw. Ländergruppen eingerichtet, deren Aufgabe es ist, sich durch gegenseitige Besuche über die jeweilige andere Seite zu informieren und einen Dialog auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene zustande zu bringen.“ Der Brief von „Diplomats for Peace with the Islamic World“ und die Antwort von Präsident Fontelles sowie Antwortbriefe der Fraktionsvorsitzen-

den der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke und der Sozialdemokratischen Fraktion sind in dem Heft abgedruckt.

In Vorträgen und anderen Presseveröffentlichungen werden sowohl „Der politische Islam im nahöstlichen Raum“ (Wolfgang Bator), als auch der falsche Umgang westlicher Politik mit dem Islamismus analysiert (Arne C. Seifert und Heinz-Dieter Winter). Auch Auswege aus der Terrorismusfalle werden aufgezeigt. Auf die Frage „Islam, Islamismus – eine Gefahr für Deutschland?“ antwortet Heinz Knobbe.

Beachtenswert ist, dass die Schriftenreihe der Akademie der Bundeswehr einen Aufsatz von Arne C. Seifert (Botschafter a.D.) unter dem Titel „Konflikte und Werte-Pluralität in unserer Welt“ veröffentlichte, den der Autor zum Zweiten Strausberger Symposium veröffentlichte. Insgesamt wieder eine bedeutende Publikation mit hohem wissenschaftlichen Inhalt, mit der sich der VIP an der öffentlichen Diskussion beteiligt.

Franz-Karl Hitze

Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e.V. (Hrsg.): Islamismus / Konflikt oder Koexistenz? – Schriften zur internationalen Politik, Heft 17, Berlin 2008, 96 Seiten.

Druck- und Versandkosten: 5 Euro / zu beziehen beim Verband für Internationale Politik und Völkerrecht e.V. Wilhelmstr. 50, 10117 Berlin, oder E-Mail: VorstandVIP@aol.com

Hamburg pflegt eine Städtepartnerschaft mit Schanghai, Grund für die neu gewählte Bürgeschaft zu einer aktuelle Stunde in Sachen China. Der hier dokumentierte Beitrag von Christiane Schneider, Die Linke und Redakteurin dieser Zeitschrift, löste heftige Attacken vor allem der SPD, der Grünen und ihnen nahestehender Journalisten aus, namentlich, weil sie die Risiken einer Vermanzung von Politik und Religion problematisierte und dazu den Ayatollah Khomeini als Beispiel benannte. Christiane Schneider betont, sie habe den Dalai Lama keineswegs mit dem Ayatollah Khomeini

gleichsetzen wollen und bedauert, wenn ein solcher Eindruck entstanden ist. – Wir dokumentieren das Redemanuskript.

Die Vorbereitung der Olympischen Spiele schafft in diesen Tage eine große Bühne für die Kritik an der Politik der VR China gegenüber den sozialen und kritischen Bewegungen. Wie jede politische Bewegung müssen aber auch in China die oppositionellen Bewegungen eine Wahl der angemessenen Mittel ihres Kampfes treffen. Die Ereignisse in Tibet und anderen Teilen Chinas lassen befürchten, dass die konzentrierte Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit zu Aktionen er-

mutigte, die ihrerseits nicht mit den Menschenrechten vereinbar sind.

Eine solche Gefahr einfach von der Hand zu weisen, ist politisch verantwortungslos. Eine ernstzunehmende internationale Diskussion muss nicht nur über Reformziele geführt werden, sondern auch über die erfolgversprechenden und zulässigen Strategien. Die ökonomischen, politischen und kulturellen Ausgangsbedingungen spielen da eine bedeutende Rolle, wir dokumentieren unten den Beitrag von Joachim Bischof, der in diese Richtung geht.

Martin Fochler

Hamburg: Aktuelle Stunde „Partnerschaft mit China – Solidarität mit Tibet“

http://www.linksfraktion-hamburg.de/files/Rede_CS_080402Tibet.pdf

Redemanuskript der Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Christiane Schneider

der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft auf der Bürgerschaftssitzung am 2. April 2008 in der Aktuellen Stunde zum Thema „Partnerschaft mit China – Solidarität mit Tibet“

Eine Schwarz-Weiß-Zeichnung der schrecklichen Ereignisse in Tibet und eine einsei-

tige Parteinahme ist weder angemessen noch hilfreich. Ich möchte deshalb mehr Anstrengungen auf eine differenzierte Stellungnahme verwenden ...

Mit der Bewerbung für die Olympischen Spiele hat die chinesische Regierung, wenn auch immer noch in deutlichen Grenzen, den Kurs der Öffnung verstärkt. Jetzt, kurz vor Beginn der Spiele, richtet sich das Interesse der Weltöffentlichkeit mehr denn je auf die Verhältnisse in China. Angesichts der blutigen Auseinandersetzung in Tibet stehen die Entwicklungsprozesse in diesem bevölkerungsreichsten Land auf dem Prüfstand. Das gilt natürlich vor allem für die Regierung und

die staatlichen Institutionen. Aber das gilt auch für die Oppositionskräfte. Dazu einige Bemerkungen.

Die VR China hat sich aus der Erniedrigung kolonialer Abhängigkeit durch das imperialistische Ausland durch einen langen Krieg befreien müssen. Die nationale Unabhängigkeit und damit verbunden die staatliche Einheit gehören zum Grundkonsens der Volksrepublik, deren Erschütterung unabsehbare Konsequenzen hätte. Die Modernisierung des Landes hat in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte gemacht. Nirgendwo anders ist es auch nur annähernd in dem Ausmaß wie in China gelungen, die extreme Armut zu

<http://www.sozialismus.de/socialist/>

Joachim Bischoff

Der Dalai Lama und die Internationalisierung des Tibet-Konflikts

Hintergründe der Entwicklungen in der Volksrepublik China

6.4.2008. Bei Protesten gegen die chinesische Tibet-Politik sind bei neuen Zusammenstößen in Südwestchina Menschen getötet worden. Später kam es auch in der Region Ganzi und dutzenden anderen, von Tibeter bewohnten chinesischen Gebieten erneut zu Protesten. Seit März gibt es immer wieder Demonstrationen und Unruhen in Tibet.

Nach offiziellen chinesischen Angaben starben in der tibetischen Hauptstadt Lhasa 19 Menschen. Die tibetische Exilregierung spricht von etwa 140 Toten. Die meisten von ihnen seien Tibeter gewesen, die von chinesischen Polizisten getötet worden seien. Die Behörden der Volksrepublik China haben erklärt, mit aller Entschiedenheit gegen die Protestbewegung vorzugehen.

Sie haben angekündigt, auch juristisch mit aller Härte gegen die bisher verhafteten Demonstranten – gesprochen wird von ca. 1.000 Beschuldigten – vorzugehen. Die „Verbrecher“ müssten abgeschreckt und den Separatisten jeder Boden entzogen werden. Damit dürfte der Großteil der Urteile in Schnellverfahren noch vor den Olympischen Spielen im August fallen.

Der politische Repräsentant für eine „wirkliche“ Autonomie Tibets ist der Dalai Lama, der seit Ende den 1950er Jahren im indischen

Exil residiert. Der religiöse Führer des Buddhismus führt eine außerordentlich erfolgreiche Kampagne zur Internationalisierung des Tibet-Problems. Wegen des überzeugenden Auftretens des Dalai Lama für Gewaltlosigkeit wird der gesamten buddhistischen Protestbewegung eine entsprechende Einstellung zugesprochen. Das Engagement für eine politische, wirtschaftliche und kulturelle Autonomie Tibets findet – auch wegen der in den letzten Jahren stark gewachsenen Anerkennung des Buddhismus – in den kapitalistischen Hauptländern eine breite Unterstützung.

Wenn der Dalai Lama „den kulturellen Genozid“ der kommunistischen Partei der VR China gegenüber Tibet angreift, fällt es ähnlich schwer, eine differenzierte Sichtweise in der Öffentlichkeit zu entwickeln, wie im Fall der Gewaltlosigkeit oder des demokratischen Impetus der buddhistischen Protestbewegung. Jüngstes Beispiel: Der Versuch im Hamburger Regionalparlament in einer von den Grünen beantragten aktuellen Stunde, einige Argumente gegen den Mythos von der gewaltlos agierenden, demokratischen religiösen Bewegung vorzubringen, wurde mit einer heftigen polemischen Reaktion seitens der etablierten Parteien und dem Großteil der Medien gegen die Politikerin der Linken, Christiane Schneider, sowie gegen die gesamte Partei beantwortet.

Der grüne Politiker Maas artikulierte in der Hamburgischen Bürgerschaft in einmaliger Dichte den Hintergrund des Tibet-Mythos: In der Volksrepublik China herrsche ein äußerst brutales turbokapitalistisches Regime,

das den Großteil der eigenen Bevölkerung unterdrückt, den religiös-ethnischen Minderheiten die geringsten Spielräume der Autonomie verweigert und die Menschenrechte missachtet. Schlussfolgerung: Eigentlich dürfte man mit dem verbrecherischen Regime in Peking keine Geschäfte machen, geschweige denn dieses Land mit der Durchführung von internationalen Sportwettkämpfen beauftragen.

In der üblichen Selbstgewissheit behauptet der prospektive Bündnispartner der Grünen, die Hamburger CDU: Es sei richtig, dass die Wirtschaftsbeziehungen mit der VR China ein wesentlicher Faktor für die gegenwärtige Globalökonomie seien. Aber man habe doch über die positiven Effekte des Wirtschaftsverkehrs nie die Menschenrechte vergessen. Die Menschenrechte seien unteilbar. Die LINKE sei wegen abweichender Auffassung nur noch als „bedingt menschenrechtsbereit“ anzuprangern.

Ob die entwickelten kapitalistischen Hauptländer sich wirklich eines ungeteilten Engagements für die Menschenrechte und das Völkerrecht rühmen können, dürfte von vielen Zeitgenossen bestritten werden. Wichtiger ist aber das Kurzfristgedächtnis und die Einseitigkeit in Sachen Tibetpolitik: „Als der Dalai Lama 1959 das Land verlassen musste, fand er sehr wenig Unterstützung seitens der USA und der Briten. Dann, in den 80er Jahren, tat sich sehr viel in Tibet: Reformer kamen an die Macht, die mit dem Dalai Lama arbeiten wollten, um die tibetische Kultur und Sprache zu erhalten. Doch dann scheiterten die Gespräche aus uns unbekannten Gründen. Der

reduzieren. Zweifellos ist die Modernisierung an dem Punkt angekommen, an dem Menschenrechte für jedermann – soziale und politische Menschenrechte! – und an dem politische Rechte für die Opposition nicht nur zur Debatte stehen, sondern unabwiesbar aktuell und einzulösen sind. Die staatlichen Institutionen müssen, das gilt auch für Tibet und im aktuellen Konflikt, die Menschenrechte einhalten. Dieser Forderung schließen wir uns uneingeschränkt an.

Aber ähnlich, wie die regierende Macht sich der kritischen Weltöffentlichkeit stellen muss, müssen das auch die Oppositionsbewegungen. Was in Tibet in den letzten Wochen genau geschehen ist, wodurch die Ereignisse ausgelöst wurden, welcher Dynamik sie unterlagen, das ist bisher nicht genau bekannt. Unbestritten ist, dass die Modernisierungspolitik nicht nur, aber eben auch in der autonomen Region Tibet zu erheblichen Verwerfungen geführt bzw. sie verstärkt hat. Nach wie vor sind große Teile der Tibeter von der Entwicklung ausgeschlossen. Unterdrückung und kulturelle Diskriminierung in vielen Bereichen, im Beschäftigungssektor, bei der Bildung, der Versorgung mit Wohnraum oder der Gesundheitsversorgung, bestimmen in erheblichem Maß die Situation der Tibeter und zählen, das ist unstrittig, zu den auslösenden Faktoren der aktuellen Auseinandersetzung. Aber auf der anderen Seite müssen sich auch die tibetischen Religi-

onsführer, das tibetische Mönchstum, das die Oppositiobewegung offensichtlich anführt und, so scheint es, auch die Initiative ergriffen hat, der Fragen stellen, welchen Kurs sie bei der Modernisierung, der Beseitigung von Armut und nicht zuletzt der Verwirklichung der Menschenrechte steuern.

Die Weltgesellschaft hat in den letzten Jahrzehnten keine guten Erfahrungen mit Religionsführern gemacht, die sich als Repräsentanten gesellschaftlicher Opposition in die Politik mengten. (z.B. Khomeini) Wir wissen alle, was Nationalismus anrichten kann, der zur Religion überhöht wird bzw. sich religiös aufrüstet. Über religiöse Offenbarung kann nicht diskutiert werden. Ein Staat, der auf religiöser Offenbarung aufgebaut ist, versperrt sich demokratischen Verfahren der Willensbildung. Auf einen solchen Abweg können, wie die Geschichte gezeigt hat, auch sozialistische Bewegungen geraten, wenn sie sich als Heilsbewegungen missverstehen. Man kann sagen, dass in der chinesischen Gesellschaft die politische Gesinnung wie ein Bekenntnis gehandhabt wurde und wird. Im Modernisierungsprozess der VR China kommt es darauf an, die Verpflichtung auf ein politisches Bekenntnis zu lösen, um zu einem toleranten Meinungsstreit auf der Basis von Meinungsfreiheit zu kommen. Gerade darin, in der Trennung der Politik vom Bekenntnis, besteht geschichtlich und analytisch eine wesentliche Grundlage der politischen

Menschenrechte. Diese beinhaltet die Freiheit zum Bekenntnis, aber auch die Freiheit von Bekenntnis.

Die Haltung der tibetischen Religionsführer ist hier unklar. Mir persönlich ist die verbreitete Verehrung für den Dalai Lama hierzulande immer unverständlich geblieben. Die Figur – ich rede hier nicht von der Person, sondern von der Rolle – des Dalai Lama verkörpert die Einheit von religiösem und politischem Oberhaupt. Sie symbolisiert damit die Vergottung von politischer Macht (wie früher der Kaiser von China, „Sohn des Himmels“) und damit etwas durch und durch Vor-Demokratisches. Die Annahme, dass der tibetische Buddhismus als politische Staatsreligion herrschen könnte ohne Gefahr für die Menschenrechte, ist zumindest naiv. In diesem Zusammenhang beunruhigen die in der Washington Post vom 27.3. dokumentierten Augenzeugeberichte von Touristen und andere Nachrichten von pogromartigen Ausschreitungen gegen die chinesische Bevölkerungsgruppe in Tibet. Die tibetische Oppositiobewegung muss sich fragen lassen, wie sie Derartiges zukünftig ausschließen will.

Die Voraussetzunglosigkeit, mit der die GAL „Solidarität mit Tibet“ fordert, teile ich deshalb nicht. In wirklich jeder Beziehung gilt, dass die Menschenrechte unteilbar sind.

Dalai Lama kam in die Zwickmühle: Sollte er darauf warten, dass die Chinesen von sich aus wieder den Dialog suchten, was Wochen, Monate, Jahre, Jahrzehnte dauern konnte – oder etwas tun, um Druck auf China auszuüben, damit es an den Verhandlungstisch zurückkehrte. Westliche Public-Relations-Firmen und Lobbyisten wurden angeheuert, und die schufen diese Internationalisierung Tibets.“ (Prof. Grunfeld, US-Experte für Tibet, in: Focus 5.4.2008) Es ist keineswegs so, dass die buddhistische Protestbewegung einen unbestrittenen Führungsanspruch bei der Ausgestaltung der Autonomie von Tibet geltend machen kann.

Von vielen Beobachtern wird die Schwarz-Weiß-Zeichnung – auf der einen Seite das „verbrecherische“ Regime der VR China und auf der anderen Seite die gewaltlose, vom Großteil der tibetischen Bevölkerung anerkannte theokratische Protestbewegung – in Zweifel gezogen. Gegen die Ansprüche der religiös-ethnisch Protestbewegung in Tibet zu argumentieren, heißt nicht, die undemokratischen, Menschenrechte oft missachtenden, Machtstrukturen in der VR China zu verteidigen.

In der Tat sind trotz wichtiger Fortschritte bei der Etablierung rechstaatlicher Strukturen in der VR China erhebliche Defizite zu monieren. Die Verletzung von Bürgerrechten betrifft nicht nur die ethnisch-religiösen Minderheiten, die Rechte der politisch-gewerkschaftlichen Opposition, sondern auch die sozialen Ansprüche der WanderarbeiterInnen. Es geht gerade nicht darum, sich mit der unzureichenden Ausgestaltung von

rechtsstaatlichen Strukturen zu arrangieren: Sowohl der Strafvollzug (z.B. die Todesstrafe) als auch die Bürgerrechte gegenüber staatlichen Handlungen müssen weiter reformiert werden. Das seit diesem Jahr erweiterte Arbeitsrecht und die Rechte auf gewerkschaftliche Interessenvertretung sind noch unzureichende Schritte in Richtung Stärkung zivilgesellschaftlicher Eigenständigkeit.

Gerade ein kritischer Dialog mit den politischen Instanzen und der Kommunistischen Partei der VR Chinas kann – wie in den letzten Jahrzehnten – den Prozess des Wandels voranbringen. Die PolitikerInnen in den kapitalistischen Hauptländern müssten sich aber auch vom absurden Vorurteil eines angeblich entfesselten Turbokapitalismus in China trennen.

Fakt ist: Ein wichtiger Erfolg der ökonomischen Dynamik der letzten 25 Jahre in der VR China ist die Zurückdrängung der Armut. Die Weltbank schätzt, dass mehr als 60% der Bevölkerung zu Beginn des Reformprozesses unterhalb der Armutsgrenze von einem Dollar pro Tag gelebt hat. Diese Armutsrage ist bis 2004 auf 10% gefallen, was bedeutet, dass in wenigen Jahrzehnten über 500 Millionen Menschen aus der Armut herausgeholt worden sind. Gleichzeitig sind – wenn auch immer noch unzureichend – die ökologischen Rahmenbedingungen dieses enormen Wirtschaftswachstums enorm verbessert worden.

Neben der unzureichenden Praxis bei der Einhaltung von rechts- und sozialstaatlichen Normen verdient die in den letzten Jahren enorm gewachsene soziale Ungleichheit eine

kritische Aufmerksamkeit und Beurteilung. Man wird der chinesischen Entwicklung aber bei entschiedener Kritik nur gerecht, wenn als Ursache für die enorme wirtschaftliche Dynamik der VR China die hohe Qualität des gesellschaftlichen Arbeitskörpers anerkannt wird.

Schon 1981 konstatierte die Weltbank: „Chinas bemerkenswerteste Errungenschaft der letzten 30 Jahre ist, dass die untersten Einkommensschichten hier in Bezug auf Grundbedürfnisse viel besser gestellt sind als in den meisten armen Ländern. Sie haben Arbeit, ihre Nahrungsmittelversorgung wird durch eine Mischung aus staatlicher Rationierung und kollektiver Eigenversicherung gewährleistet, der größte Teil ihrer Kinder besucht nicht nur eine Schule, sondern erhält einen vergleichsweisen guten Unterricht, und die große Mehrheit hat Zugang zu den elementarer Gesundheitsversorgung und Familienplanungsdiensten.“

Auch wenn es den Ewiggestrigen im bürgerlichen Lager oder den „grünen“ Emporkömmlingen schwer fällt zu akzeptieren: Der wahrscheinlich bemerkenswerteste Transformationsprozess in der Geschichte beruht darauf, dass der Erfolg der gesellschaftlichen Reformen eben nicht zu Lasten der Zerstörung der Bauernschaft und der subalternen sozialen Schichten ging, sondern in hohem Maße auf den Errungenschaften der chinesischen Revolution beruht, d.h. einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und der Bildung des Großteils der Bevölkerung.

Joachim Bischoff gehört der Linksfraktion in der Hamburger Bürgerschaft an.

12. April. Oldenburg. *Landesparteitag der Linken Niedersachsen.*

11. bis 13. April. Berlin. *The Right to the City – Soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt.* Konferenz von Buko und Rosa-Luxemburg-Stiftung. Wie kann unter den Bedingungen neoliberaler Stadtumstrukturierung (noch & wieder) erfolgreich und mit Spaß linke Politik gemacht werden? Bieten die neuen Bedingungen möglicherweise auch neue Spielräume? Sind z.B. städtebauliche Großprojekte ähnlich großer Markenunternehmen durch Anti-Image-Kampagnen angreifbar? Wie sind neue Protestformen – oft angereichert durch Kunst oder subtile Ironie – vermittelbar? Wie kann aufbauend auf den Erfahrungen vergangener Bewegungen die Vereinnahmung von Protest und linken Lebensformen in der Stadt verhindert werden – in einer Zeit, in der zivilgesellschaftliches Engagement und selbst linke Subkultur unter dem Stichworten „Aktivierung“, „Partizipation“ oder „Zwischenutzung“ zunehmend instrumentalisiert wird und zu einem Element stadtentwicklungspolitischer Aufwertungsstrategien werden kann? Welche Formen der Vernetzung (soziale Zentren, investigative Stadtpaziergänge) oder von zivilem Ungehorsam (kollektive Preisreduzierung im lokalen Supermarkt, Wohnungsbesichtigungspartys gegen Mietsteigerungen) existieren in den Städten anderer Länder? Welche Gruppen (z.B. illegalisierte MigrantInnen, Erwerbsarbeitslose oder SexarbeiterInnen), die sich in der überwiegend weißen und mittelschichtdominierten Linken in Deutschland nur schwer Gehör verschaffen können, treten anderswo erfolgreich(er) für ihre Rechte ein und warum? Inwieweit sind solche Erfahrungen aus anderen Städten übertragbar? (www.buko.info/stadtraum)

1. MAI BERLIN DGB

GUTE BEZAHLUNG MUSS DRIN SEIN!

Gemeinsame Demonstrationszüge aller Berliner DGB-Gewerkschaften

10:00 Start von Motorrad-Korso, Fahrrad-Korso, Skater-Demo und Demonstrationszug vom DGB-Haus am Wittenbergplatz zum Brandenburger Tor

11:30 Kundgebung, Bühne auf dem Platz des 18. März anschließend: Infomarkt, Kinder- und Familienfest

www.ErsterMai.DGB.de

Bundesweit ruft der DGB unter dem Motto „Gute Arbeit muss drin sein“ mit verschiedenen Plakatmotiven zu den Maikundgebungen auf.

26. April. Gunzenhausen. *Landesparteitag der Partei die Linke Bayern.*

26. April. Berlin. *Landesparteitag der Partei die Linke Berlin.*

27. April. Neumünster. *Landesparteitag der Partei die Linke Schleswig-Holstein.*

1. Mai. Bundesweit. *Gewerkschaftliche 1. Mai Kundgebungen und Demonstrationen*

17. Mai. Hamburg. *Landesparteitag der Partei die Linke Hamburg.*

21. Mai 2008. Osnabrück. *97. Deutscher Katholikentag.*

24./25. Mai. Cottbus. *1. Parteitag der Partei Die Linke.*

31. Mai. München. *59. ordentlicher Bundesparteitag der FDP.*

7./8. Juni. Hannover. (geplant) *Internationaler Afghanistan Kongress,* ReferentInnen: (u.a.) Andreas Zumach (Taz, Genf), Katja Maurer (medico), Colin Archer (International Peace Bureau, Genf). Pavillion, Lister Meile 4, Veranstalter: Initiative: „Dem Frieden eine Chance – Truppen raus aus Afghanistan!“ (= Bundesauschuß Friedensratschlag, Kooperation für den Frieden, IPPNW ...)

18. Oktober. *Landesparteitag der Linken NRW.*

Vorschau auf Wahlen

| Jahr | Monat | Wo? | Was? | Termin | Wahlperiode |
|--------|--------|--------------------|-------------|--------|-------------|
| 2008 | Mai | Schleswig-Holstein | Kommunal | 25.5. | 5 Jahre |
| | Sept. | Bayern | Landtag | 28.9. | 5 Jahre |
| | Sept. | Brandenburg | Kommunal | 28.9. | 5 Jahre |
| 2009 | Mai | Bundesversamml. | Bundespräs | 23.5. | 5 Jahre |
| | Juni | EU | Euro. Parl. | 7.6.? | 5 Jahre |
| | Juni? | Baden-Württemb. | Kommunal | 7.6.? | 5 Jahre |
| | Juni? | Mecklenb.-Vorp. | Kommunal | 7.6.? | 5 Jahre |
| | Juni? | NRW | Kommunal | 7.6.? | 5 Jahre |
| | Juni? | Rheinland-Pfalz | Kommunal | 7.6.? | 5 Jahre |
| | Juni? | Saarland | Kommunal | 7.6.? | 5 Jahre |
| | Juni? | Sachsen | Kommunal | 7.6.? | 5 Jahre |
| | Juni? | Sachsen-Anhalt | Kommunal | 7.6.? | 5 Jahre |
| | 05-07 | Thüringen | Kommunal | | 5 Jahre |
| Herbst | 07-09 | Thüringen | Landtag | | 5 Jahre |
| | 09? | Bund | Bundestag | | 4 Jahre |
| | Herbst | Brandenburg | Landtag | | 5 Jahre |
| | Herbst | Saarland | Landtag | | 5 Jahre |
| | Herbst | Sachsen | Landtag | | 5 Jahre |

Quelle: www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html